NEUE ZEIT

SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald
Sektion Marxismus-Leninismus

28

JULI 1977

FRAU UND SOZIALISMUS

★

Nahostregelung und ihre Gegner

★

Die SEATO ist tot. Es lebe die ASEAN?

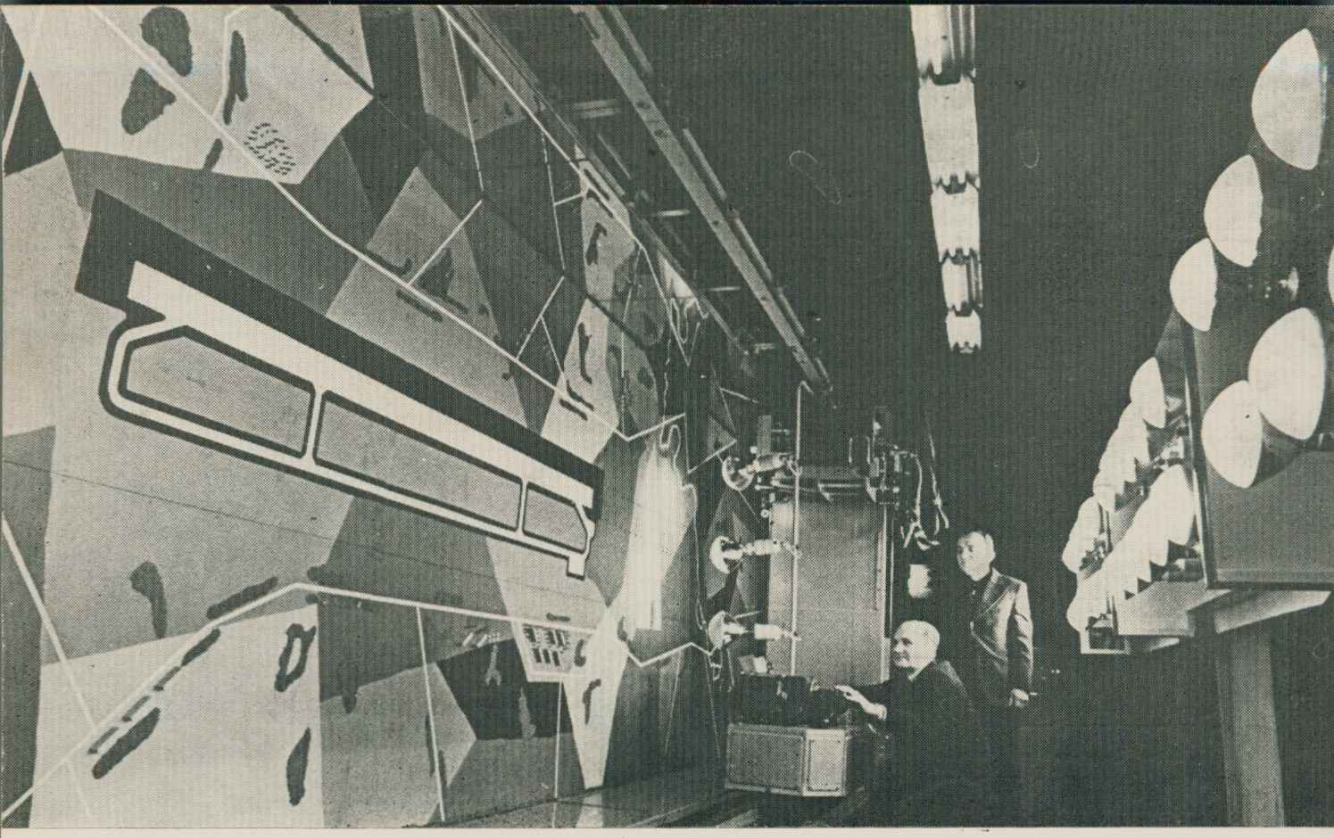
★

Labour in der Klemme

★

MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHILES





SOWJETUNION IM BILD

Seit mehr als einem Jahr ist die sowjetische Überschallmaschine TU 144 in Betrieb. Ein anderes gigantisches Flugzeug, die IL 86, wird erprobt. Bald wird der Jak-42-Jet Aeroflotrouten befliegen. All das ist nur ein Teil der Technik, die unsere Zivilluftfahrt im 10. Planjahrfünft erhalten wird.

Da neue Maschinen hinzukommen, muß das Personal umqualifiziert werden, z. B. an der Fliegerschule in Uljanowsk.

Unsere Bilder: Unterricht am Stand, bei dem visuell das Pistenbild simuliert wird ◆ In der Übungskanzel ◆ Die letzte Instruktion vor einem Probeflug

Fotos W. Kruglikow





Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

WER MACHT DIE US-POLITIK?

US-Präsident Jimmy Carter hat beschlossen, Cruise-Raketen aufzulegen. Im Weißen Haus hat man also nicht auf die Warnungen gehört, die in den USA selbst und anderwärts ausgesprochen wurden, als es um die ernsten Folgen ging, die die Aufrüstung mit dieser neuesten Waffenart mit sich bringen muß.

Die Aufstockung des Cruise-Raketen-Lagers — sie können vom Boden, von Flugzeugen, Schiffen und U-Booten gestartet werden — bedeutet die Öffnung eines neuen, vierten Kanals des strategischen Wettrüstens. Der Beschluß zur Massenherstellung dieser Flügelraketen schafft eine neue Situation, die eine Übereinkunft bei SALT II noch komplizierter macht. Um so schwieriger, als Washington bisher mit dem Gedanken spielt, die Bummelflugkörper aus dem SALT-II-Abkommen auszuklammern.

Während des Wahlkampfs in den USA hatten die jetzigen Spitzenpolitiker versprochen, sich intensiver um eine Kontrolle der nuklearen Rüstung zu bemühen als die bisherige Administration. Der wahre Wert von Wahlversprechen in der bürgerlichen Welt ist bekannt, dennoch aber waren die Versicherungen der Verantwortlichen mit Hoffnung aufgenommen worden. Und wirklich ging ja die neue Regierung weiter. Nur eben nicht in Richtung Rüstungsbeschränkung, sondern im Aufstocken der Rüstung. Das SALT-II-Abkommen, das dem ehemaligen Präsidenten Ford zufolge „zu 95 Prozent" fertig war, wird blockiert. Den übernommenen Verteidigungsprogrammen werden neue hinzugefügt.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses versicherte, der US-Präsident empfinde Ekel gegenüber Kernwaffen und gegen alle anderen Waffenarten überhaupt. Und dann sanktioniert er ein Pentagon-Programm nach dem anderen. Denn die neue Administration hat, wie Außenminister Vance erklärte, eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Pentagon, von dem er begeistert sei.

Es vergeht buchstäblich kein Tag in Washington ohne neue Nachrichten vom Waffenmarkt. Und jeder solche Tag kostet Unsummen. Nach Angaben des Pressedienstes des Weißen Hauses verausgabt das Pentagon 50 Millionen Dollar stündlich. Man beachte: stündlich! Unter der neuen Administration wuchs der Verteidigungshaushalt auf 10 Milliarden Dollar an, obwohl Carter im Wahlkampf versprochen hatte, ihn um 5 bis 7 Milliarden zu senken.

Anfang Juni beschloß der Präsident die neuen Kernsprengköpfe MK-12 A ausliefern zu lassen. Sie sind zur Ausrüstung der interkontinentalen ballistischen Minuteman-3 gedacht, die zum Grundstock des Raketenarsenals der USA gehören. Nach Ansicht des Präsidenten der amerikanischen Wissenschaftlerföderation Stone steht der neue Sprengkopf in unmittelbarer Beziehung zur Pentagon-Konzeption des „Präventivschlags". Ende Juni wurden in Washington mehr als eine Milliarde Dollar zur Entwicklung und Herstellung der sogenannten Neutronenbombe bewilligt. In diese taktischen Kernsprengköpfe setzt man am Potomac genau wie in die Cruise-Raketen große Hoffnungen. Im Unterschied zu anderen Kernwaffenarten vernichtet die Neutronenbombe lebende Ziele, zerstört jedoch Gebäude und Militärtechnik nicht.

Nach all dem muß sich der nüchtern denkende Mensch fragen, wo denn eigentlich die große Politik gemacht wird. Im Weißen Haus oder im Pentagon? Bei wichtigen Entscheidungen auf höchster Ebene dürfe man nicht zulassen, daß der Militär-Industrie-Komplex, gewollt oder ungewollt, einen ungerechtfertigt großen Einfluß gewinne, hatte der ehemalige US-Präsident General Dwight D. Eisenhower geraten, und diesen Rat sollte man beherzigen.

Das von den USA gegenwärtig forcierte Wettrüsten ist sinnlos und gefährlich. Sinnlos, weil es eine sinnlose Jagd nach einer imaginären militärischen Überlegenheit darstellt. Gefährlich, weil wir alle, wie Leonid Breshnew sagte, uns wieder an der Grenze des nicht Vorhersehbaren wie in der Zeit des kalten Krieges sehen, wenn man das Wettrüsten nicht einstellt. Es gibt nur eines: Man muß die Teufelsdiener des Militarismus unschädlich machen, solange es noch nicht zu spät ist. Man muß zum erprobten Prinzip der ausgewogenen Sicherheit zurückfinden. Dieses Prinzip hat sich bereits ausreichend bei den gemeinsamen Bemühungen der UdSSR und der USA bewährt, die Vernichtungswaffen zu reduzieren. Andere Mittel zur Einstellung des Wettrüstens gibt es nicht.

WOCHENSCHAU

Am 5. Juli wurde die Mitteilung veröffentlicht, daß das Politbüro des ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR, die den Rechenschaftsbericht der sowjetischen Delegation unter Alexej Kossygin über die Ergebnisse der XXXI. RGW-Tagung in Warschau (21.—23. Juni) entgegengenommen hatten, die Tätigkeit der Delegation billigten. Die Einmütigkeit der Bruderländer in der Bewertung der welthistorischen Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als des Hauptereignisses des 20. Jahrhunderts, das die Epoche des Übergangs zum Sozialismus eingeleitet hat, sowie die prinzipielle Wichtigkeit der Ausarbeitung und Verwirklichung der langfristigen Zielprogramme für die Zusammenarbeit wurden betont. Die zuständigen sowjetischen Organe wurden damit beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten und zu verwirklichen, die eine vollständige und rechtzeitige Erfüllung der Tagungsbeschlüsse gewährleisten.

Leonid Breshnew richtete an den Ersten Sekretär des ZK der MRVP, Jumshagin Zedenbal, eine Grußbotschaft anläßlich seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volks-Churals der MVR am 27. Juni. Zum Vorsitzenden des Ministerrates der MVR wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der MRVP, Jambyn Batmunch, gewählt. Alexej Kossygin richtete eine Grußbotschaft an ihn.

Am 29. Juni richtete Leonid Breshnew eine Grußbotschaft an die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft anläßlich ihres 30. Gründungstages. Darin heißt es, daß die auf die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und auf die grundlegende Gemeinsamkeit der Ziele gegründete Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der DDR zu einem starken schöpferischen Faktor bei den gemeinsamen Anstrengungen zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, zu einem wichtigen Bindeglied des Bruderbundes der sozialistischen Völker und zu einem festen Element eines dauerhaften Friedens in Europa und der ganzen Welt geworden ist.

Am 4. Juli wurde die Grußbotschaft Leonid Breshnews an US-Präsident James Earl Carter anläßlich des Nationalfeiertages der USA — des Unabhängigkeitstages — veröffentlicht. Leonid Breshnew äußerte die Hoffnung, daß, wenn die in den letzten Jahren gesammelten positiven Erfahrungen genutzt werden, eine stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA auf dem Weg der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens im Interesse einer Festigung des Friedens und einer Vertiefung des Entspannungsprozesses gewährleistet werden kann.

Am 5. Juli empfing Leonid Breshnew im Kreml den Botschafter der USA in der UdSSR, Malcolm Toon, auf seine Bitte hin. In dem Gespräch bekräftigte Leonid Breshnew die prinzipielle Linie der Sowjetunion in den Fragen der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika, indem er betonte, daß Gleichheit, gegenseitiger Vorteil und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen eine Basis dafür bilden sollen. In diesem Zusammenhang lenkte er die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Momenten in der Politik der USA, die nicht den Zielen einer konstruktiven Entwicklung der Beziehungen im Interesse der Völker beider Länder und der Festigung des Friedens entsprechen. Leonid Breshnew übergab dem Botschafter einen Brief an US-Präsident James Carter als Antwort auf einen früher erhaltenen Brief des Präsidenten.

Am 5. Juli beging die Demokratische Volksrepublik Algerien ihren Nationalfeiertag — den 15. Jahrestag der Unabhängigkeit. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten ein Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Republik, den Vorsitzenden des Revolutionsrates, Houari Boumedienne.

Alexej Kossygin empfing am 28. Juni im Kreml das Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams, den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der SRV, Le Thanh Nghi. Ein Meinungsaustausch zu einer Reihe von Fragen der sowjetisch-vietnamesischen Zusammenarbeit fand statt.

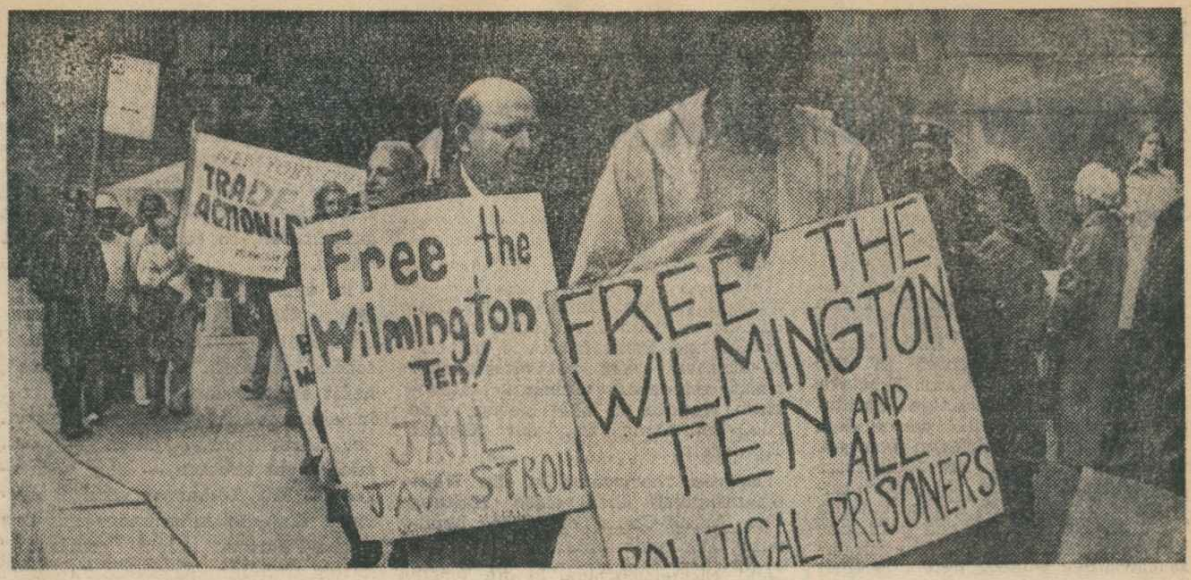
Vom 29. Juni bis 3. Juli weilte auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation der Italienischen KP, bestehend aus den Mitgliedern der Führung und des Sekretariats der IKP, Gian Carlo Pajetta und Paolo Bufalini, sowie dem Mitglied der Führung der IKP, Emanuele Macaluso, in Moskau. Im ZK der KPdSU fand am 1. Juli ein Treffen der Delegation mit Michail Suslow, Boris Ponomarjow und Wadim Sagladin statt. Die Vertreter der KPdSU und der IKP tauschten Meinungen über einen weiten Fragenkreis von beiderseitigem Interesse aus, u. a. zu Fragen der Beziehungen zwischen beiden Parteien und der sowjetisch-italienischen Beziehungen. Das Treffen verlief in einer Atmosphäre der Offenheit und Freundschaft.

Vom 28. bis 30. Juni fand in Prag die internationale wissenschaftlich-theoretische Konferenz „Der Große Oktober und die Welt der Gegenwart" statt, die von der Zeitschrift **Probleme des Friedens und des Sozialismus** veranstaltet wurde. An ihr nahmen Delegationen von 67 kommunistischen und Arbeiterparteien sowie von zehn revolutionär-demokratischen Parteien und Organisationen teil. Die Delegation der KPdSU wurde vom Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, geleitet. Die Konferenz verlief in einer kameradschaftlichen Atmosphäre, im Geiste internationalistischer Solidarität.

Am 2. Juli wurde in der Hauptstadt Gabuns, Libreville, die 14. Gipfelkonferenz der OAU-Mitgliedsländer eröffnet. In der Grußbotschaft des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR an ihre Teilnehmer heißt es, daß die UdSSR ein Gegner jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Länder ist. Sie erstrebt in Afrika keine Vorteile und Privilegien für sich und bekundet erneut ihre volle Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen Völker für die Liquidierung der letzten Bastionen des Rassismus und Kolonialismus.

Im Genfer Palais des Nations ging am 1. Juli die zehntägige Konferenz zu Ende, die die Einhaltung des Vertrages über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im unter ihm liegenden Teil des Erdinneren überprüfte.

Am 5. Juli kam es in Pakistan zu einem Staatsstreich. Wie Radio Pakistan meldete, hat die Armee die gesamte administrative Macht im Lande übernommen. Ein Armeevertreter erklärte, Premierminister Bhutto und andere Politiker der regierenden Pakistanischen Volkspartei seien verhaftet. Ferner wurden einige Führer des Oppositionsblocks, der Pakistanischen Nationalallianz, festgenommen.



New York. Eine der zahlreichen Demonstrationen gegen die Menschenrechtsverletzungen in den USA. Die Plakataufschrift lautet: Freiheit für die Wilmington 10 und für alle politischen Häftlinge! *Foto TASS*

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 28 JULI 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:
S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski.**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

■

**Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau**

■

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

■

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Plostschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Wer macht die US-Politik! 1

O. Alow — **Naher Osten: Ausweichmanöver** 4

K. Karagesian — **BRD: Ein Volksfest, und was es zeigt** 6

A. Uswatow — **Die SEATO ist tot. Es lebe die ASEAN!** 8

W. Pawlow — **Großbritannien: Labour in der Klemme** 10

W. Ardatowski — **Italien: Kommt ein Wandel!** 12

Georges Khaoui — **Spiegelbild des Erreichten** 14

J. Zaplin — **Im Geiste der Freundschaft** 14

Der wahre Zweck (Zum Auslandsecho auf den Artikel über das Buch von Santiago Carrillo) 16

J. Knorre — **Frau und Sozialismus** 18

A. Kriwel — **Mongolei: Der Reiter, der der Sonne entgegenfliegt** . . . 20

W. Rosen — **Start des Filmfestivals** 22

Diskussion mit dem Leser 22

Dokumente: **Manifest der Kommunistischen Partei Chiles** 24

Der 11. Juli ist der 56. Jahrestag des Sieges der Volksrevolution in der Mongolei.

Titelbild: Das Monument auf dem Saissan-Berg bei Ulan Bator; das Mosaik-Panneau im Inneren stellt den ruhmreichen Weg der sowjetischen und der mongolischen Soldaten dar, die Schulter an Schulter für die Freiheit und Unabhängigkeit der Volksmongolei kämpften.

NAHER OSTEN

AUSWEICHMANÖVER

Oleg ALOW

Die Situation im Nahen Osten zeichnet sich heute durch eine stürmische politische Entwicklung und einen jähen Wechsel in der Beurteilung der Lage aus. Erst vor kurzem versicherten einige Staatsmänner, das Jahr 1977 werde dem Nahen Osten den Frieden bringen. Heute hört man aus der Weltpresse ganz anderes heraus: Der Machtantritt der israelischen Konservativen unter M. Begin habe das politische Bild verwackelt und eine beginnende Lösung der Probleme gestört; die Kriegsgefahr zeichne sich erneut am Horizont ab. Der militärische Beobachter Schiff von der israelischen Zeitung *Haaretz* schreibt denn auch: „Nur etwas Überraschendes kann einen neuen arabisch-israelischen Krieg verhüten."

Obwohl extrem, zeigen solche Äußerungen ganz gut, wie labil die Nahostsituation ist. Die Entwicklung nimmt hier häufig turbulenten und dramatischen Verlauf. Nur begreiflich daher, daß die Presse vieler Länder jetzt beunruhigt das außenpolitische Programm der neuen israelischen Regierung erörtert und sich fragt, wie es sich auf die Geschicke des Nahen Ostens auswirken werde.

Erstmals in den fast 30 Jahren, seit Israel besteht, ist ein Block an der Macht, der uralte, noch aus der Bibel stammende, Gebietsansprüche zur Staatspolitik erhebt. Ein Punkt des Likud-Programms ist die Gründung „Großisraels" in den biblischen Grenzen, und ohne weiteres wird konstatiert, daß „zwischen dem Meer" (Mittelmeer) „und dem Jordan nur israelische Souveränität bestehen kann".

Schon die ersten öffentlichen Ansprachen des Blockvorsitzenden Begin machten deutlich, daß er von seinem Programm um kein Jota abweichen will. In einem Interview für die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC vom 22. Mai erklärte er offen, die von Israel okkupierten Gebiete am Westufer des Jordan seien „die befreiten Lande" Samaria und Judäa, und betonte: „Das muß auch so bleiben."

Einen Monat später, auf dem Jüdischen Weltkongreß in Jerusalem, bekräftigte er diesen Kurs: „Israel kann unter keinen Umständen zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückkehren und wird es auch nicht tun. Unter keinen Umständen werden wir dulden, daß in Judäa und Samaria sowie im Gaza-Streifen ein palästinensischer Staat entsteht." Genauso kategorisch wandte er sich gegen eine PLO-Teilnahme an der Genfer Konferenz.

Begreiflicherweise ist die Weltöffentlichkeit über diese Haltung des Likud-Chefs ernstlich beunruhigt. Besonders alarmiert sind die arabischen Länder, die in letzter Zeit nicht wenig unternahmen, um die Nahostregelung über den toten Punkt hinaus — und die Verhandlungen in Genf endlich in Gang zu bringen. Arabischen Blättern zufolge trafen sich die Staatschefs von Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien am 19. Mai, um die neue Situation im Nahen Osten — nach dem Machtantritt des Likud — zu erörtern. Wie man weiß, wird in der arabischen Welt gegenwärtig lebhaft über die Einberufung eines Gipfeltreffens aller arabischen Staaten zu dieser Frage diskutiert. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreiteten bereits Libyen und die VDR Jemen. Die Zeitung *Al-Nadwah* (Saudi-Arabien) schrieb: „Gegenwärtig brauchen die Araber mehr denn je eine feste, entschlossene Position sowie eine enge Koordinierung ihrer Handlungen."

Weltpolitische Beobachter im Westen raten jetzt hin und her, wohin die demonstrative Unversöhnlichkeit der neuen israelischen Chefs letzten Endes führen werde. Die einen neigen zu pessimistischen Prognosen und meinen, Begins Extremismus könnte den Weg zu einer Nahostregelung total zu blockieren. Andere leugnen nicht, daß seine extremrechten Ansichten gefährlich sind, deuten jedoch ein positives Moment hinein: Mit einem solchen Ruf dürfe Begin bei den bevorstehenden Verhandlungen sogar Zugeständnisse machen, und doch werde ihm niemand vorwerfen können, er hätte „den Arabern auch nur eine Handbreit zu viel abgegeben" (Joseph Harsch im *Christian Science Monitor* vom 31. Mai).

Aber alles in allem ist sich die Weltpresse einig: Seit Menachem Begin an der Macht ist, hat sich die Nahostsituation kompliziert, und das ist besorgniserregend. Selbst in Washington befürchte man, meldete *Newsweek*, daß jetzt „die friedliche Entwicklung wenn nicht aufgehalten, so doch verlangsamt wird".

In den USA hört man häufig, Begins Sieg sei für die amerikanische Administration völlig überraschend gewesen. Die CIA habe, heißt es, vor den Wahlen in Israel in einem vertraulichen Dokument der Arbeitspartei einen — wenn auch nicht leichten — Sieg vorhergesagt. Mit Bedauern wird festgestellt, daß die Amerikaner mit den Likud-Führern „nicht gearbeitet" hätten und nun Kontakte zu ihnen praktisch erst anknüpfen müßten. Die ersten Äußerungen Begins wurden in den USA als unverhohlene Ablehnung jener Prinzipien der Nahostregelung beurteilt, an denen Präsident Carter seit März d. J. feilt. Hierzu ein Zitat aus der *Washington Post:* „Begin hat Carters Vorschlägen den Weg versperrt."

Zuerst versuchten Carter und seine Umgebung, die neue israelische Führung vorsichtig zur Raison zu bringen und deren schlimmsten Äußerungen zu dämpfen. Ebendeshalb enthielt, wie die US-Journalisten Evans und Novak schreiben, die grundsätzliche außenpolitische Rede des US-Präsidenten an der Universität Notre Dame (Indiana) vom 22. Mai die Warnung, „für die internationale politische und wirtschaftliche Ordnung wäre es unheilvoll", wenn Israel oder die Araber versuchen sollten, „die arabisch-israelische Friedensregelung zu blockieren".

Als Antwort hagelte es aus Tel Aviv Vorwürfe, die USA wollten Israel unter Druck setzen und ihm eine Nahostregelung aufzwingen. Dabei ist allbekannt, daß die Nahostpolitik der USA eher israellastig ist. Davon zeugt z. B. die Ansprache des US-Vizepräsidenten Mondale vom 17. Juni: Grosso modo bekräftigte er die früher von Carter wiederholt umrissene Haltung Washingtons in bezug auf die „verteidigungsfähigen Grenzen"

Israels wie auch auf ein abstraktes „Vaterland" für die Palästinenser, ohne daß dieses näher bestimmt worden wäre. Um Begins Anhänger zu beschwichtigen, gab Mondale der amerikanischen Haltung einen noch stärkeren proisraelischen Anstrich und hob auf jede Weise hervor, die USA dächten nicht daran, „ihre Militärmacht zum Druck auf Israel zu benutzen". Das gleiche beteuerte darauf auch Präsident Carter. Gleichsam als Bestätigung kam die Nachricht, die US-Regierung plane eine weitere große Rüstungslieferung an Israel: Panzerabwehrraketen, Panzer, Panzerschützenwagen u. a., insgesamt für 115 Mio Dollar.

Indessen tauchten in den USA israelische Emissare auf. Sie wollten nicht so sehr mit der amerikanischen Administration verhandeln wie vielmehr die proisraelische Lobby in diesem Land, das durch die Wahlen in Israel offenbar geschockt wurde, ein wenig auf Touren zu bringen. Als Ergebnis schlug die US-Presse allmählich andere Töne an: Weit mehr als früher nimmt sie jetzt die Politik des Likud in Schutz, wenn ihr auch einige Überspitzungen seiner Führer auch wider den Strich gehen. Auch Israels Anhänger auf dem Kapitol haben sich aktiviert. Am 26. Juni gab Senator Javits den ersten Schuß auf Carters Nahostpolitik ab und solidarisierte sich im Grunde mit Begins Gebietsansprüchen. Er wurde von Senator Percy unterstützt.

Wenn man also von einer Druckausübung spricht, so kommt sie eher von der entgegengesetzten Seite: Nicht die USA setzen Tel Aviv unter Druck, vielmehr schickt die neue israelische Führung die israelische Lobby in den USA vor, um die Nahostpolitik Carters zu beeinflussen. Nach allem zu urteilen, hat sie auch etwas erreicht. Sprachen Vertreter des Weißen Hauses früher von der Notwendigkeit, die israelischen Truppen an der ganzen Linie, die vor dem 4. Juni 1967 bestanden hatte, abzuziehen, so ist in einer Erklärung des US-Staatsdepartements vom 27. Juni die Rede nur davon, daß „keines der umstrittenen Gebiete" (so nennt die US-Diplomatie neuerdings die okkupierten arabischen Territorien), auch nicht das Westufer des Jordan, automatisch von der Tagesordnung der künftigen Genfer Verhandlungen gestrichen werden dürfe.

Die konkrete Politik der neuen israelischen Regierung wird noch ausgearbeitet, und ihre Einzelheiten sind noch unklar. Doch läßt das am 20. Juni gebildete Koalitionskabinett nicht die Annahme zu, die israelische Politik insgesamt werde gemäßigter sein als die Ansichten, die Begin öffentlich verkündet. In die Ministerposten teilen sich der Likud und die Nationalreligiöse Partei, wobei sowohl der Block als auch die Partei für Extremismus bekannt sind. Zu den einflußreichen Gestalten im neuen Kabinett zählt man General Dayan (nunmehr Außenminister), General Weizmann (Verteidigungsminister) und den Unterrichtsminister Hammer. Es ist eine Ironie des Schicksals: Moshe Dayan, dessen harte Position in der Nahostregelung sprichwörtlich ist, gilt in der neuen Regierung beinahe als „Taube", obwohl er erst vor kurzem behauptete, er sehe keine Möglichkeit, ein für alle Seiten akzeptables Abkommen über eine friedliche Beilegung der Nahostkrise abzuschließen.

In seiner Parlamentsrede sagte Begin, als er die neue Regierung vorstellte, allerdings auch, ein Friede mit den arabischen Ländern sei notwendig, und Israel sei bereit, an der Genfer Konferenz auf der Grundlage der Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 teilzunehmen. Noch früher ließen seine Worte die internationalen Beobachter aufmerken, daß Israel auf Sinai und den Golanhöhen „eine Linie ausfindig machen wird, die alle Seiten befriedigt". Beachtet wurde ferner seine Erklärung, die israelische Jurisdiktion werde sich ohne Zustimmung des Knesset nicht „auf Judäa und Samaria" (der biblische Name des Westufers des Jordan) erstrecken, solcherart Schritte würden nicht unternommen, solange die Friedensverhandlungen im Gange seien. Anders ausgedrückt, werde das Westufer solange nicht völlig annektiert. Doch enthalten diese Worte auch die versteckte Drohung, dieses arabische Gebiet zu annektieren, falls die Verhandlungen unterbrochen werden.

Einige westliche Kommentatoren meinen, in dieser Frage stecke Begin jetzt doch etwas zurück. In seinem Programm seien, so die *New York Times*, „die unversöhnlichen Punkte der Wahlplattform des Likud etwas gemildert worden".

Objektiv gesehen, sind solche „Veränderungen" jedoch rein kosmetischer Natur, sie sollen nur die odiösesten Punkte retuschieren, die in der Welt Entrüstung hervorgerufen haben. Alles in allem ist das Nahostprogramm des neuen israelischen Kabinetts, wie die Äußerungen seiner Exponenten beweisen, nach wie vor unverhohlen expansionistisch: Vorgesehen ist die weitere Okkupation der 1967 besetzten arabischen Territorien durch Israel, die legitimen nationalen Rechte werden den palästinensischen Arabern weiterhin verweigert, obwohl die UNO-Satzung diese Rechte allen Völkern zuerkennt. Selbstverständlich kann eine solche Position nicht den Frieden im Nahen Osten fördern.

Einer Regelung in diesem Raum standen schon immer nicht wenige Hindernisse entgegen. Es kam bereits vor, daß die herrschenden Kreise Israels und ihre imperialistischen Hintermänner Schritte vereitelten, die zu einer Schlichtung der Nahostkrise hätten führen können. Dank den gemeinsamen Bemühungen der UdSSR, der arabischen Länder und aller Fortschrittskräfte der Welt gelang es, die internationale Aufmerksamkeit auf das Problem der Nahostregelung zu lenken und intensiver nach einer politischen Lösung dieses Problems zu suchen. Da in Tel Aviv eine konservative Gruppierung an die Macht gekommen ist, die sich von annexionistischen Prätentionen gegenüber den arabischen Nachbarstaaten leiten läßt, wird es zu einer gebieterischen Notwendigkeit, daß alle Seiten, die an einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten interessiert sind, entschlossener vorgehen. Deshalb ist die baldige Wiederaufnahme der Genfer Konferenz von erstrangiger Bedeutung.

BRD

EIN VOLKSFEST UND WAS ES ZEIGT

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Viele Städte der Bundesrepublik geben Veranstaltungskalender heraus. So auch Recklinghausen. Ich griff mir diesen städtischen Veranstaltungskalender in meinem Hotel, und beim Durchblättern lernte ich, daß diese Stadt an der Ruhr 1977 121 866 Einwohner hatte, daß Bergbau, Hütten- und Texilindustrie vorherrschen, daß es fünf Hotels und ebenso viele Gymnasien gibt. Weiter waren die Titel der Aufführungen im Ruhrfestspielhaus genannt, und man erfuhr, daß das Ikonenmuseum mehr als 700 Ausstellungsstücke enthält.

Wonach ich suchte, fand ich jedoch nicht. Die Herausgeber hatten es für unnötig gehalten, wenigstens knapp anzugeben, daß in der Vestland-Halle und im angrenzenden Ausstellungsgelände vom 1. bis zum 3. Juli ein Volksfest stattfindet, das mindestens das Doppelte der Stadtbevölkerung an Besuchern anziehen würde.

Der Grund für diese Fehlleistung war klar. Es handelte sich nämlich nicht einfach um ein Sommerfest, wie es in vielen Städten gang und gäbe ist. Es handelte sich um das Pressefest der DKP-Zeitung *Unsere Zeit*. Und alles, was nach Kommunisten riecht, steigt den Behörden gewöhnlich unangenehm in die Nase. Eine hiesige Zeitung hatte geschrieben, da die Stadt Recklinghausen eine Absetzung des Festes nicht erreichen konnte (in Düsseldorf hatte das im vergangenen Jahr geklappt), entschloß sie sich, es „stillschweigend zu dulden".

Das UZ-Volksfest 77 schlug ein. Man kann kaum alles aufzählen, was es in diesen drei Tagen in Recklinghausen zu sehen und zu hören gab. Es ging wirklich kunterbunt zu. Ein ausgezeichnetes Kulturprogramm (Bombenerfolg hatte z. B. das sowjetische Tanzensemble „Kabardinka"), für die Kinder ein Pionierexpreß mit Puppentheater, Zauberern und der großen Malstraße. In einer Lotterie konnte man ein Fahrrad, einen Tennisschläger oder eine Matrjoschka gewinnen und gleich mitnehmen. (Auf den Nieten las ich: Ärgern Sie sich nicht. Ihr Einsatz dient einer guten Sache.) Alles entsprach einer Devise des Volksfests „Lebensfreude". Als zweite Devise galt „Solidarität".

Das Thema der Solidarität unter den Arbeitenden der Bundesrepublik und der internationalen Solidarität fand sich in den Informationsheften der DKP und der kommunistischen Parteien anderer Länder, in den Auftritten von Sängern und Künstlern. Auf einem Basar boten türkische, chilenische und uruguayische Kommunisten Andenken an. Der Gewinn floß in einen Solidaritätsfonds.

Auf der Solidaritätskundgebung am 3. Juli wurde von der Taktik des Großkapitals und der mit ihm liierten Parteien gesprochen, die die Reihen der Arbeiter spalten, Arbeitslose gegen Beschäftigte, die Jugend gegen das Alter, Arbeiterinnen gegen Arbeiter, deutsche Arbeiter gegen „Gast"arbeiter aufbringen wollen. Dagegen, so hieß es, helfe nur der geschlossene gemeinsame Kampf.

Das Fest zeigte das zunehmende Ansehen und den Einfluß der DKP. Schon an den ersten beiden Tagen waren mehr als 200 000 Besucher erschienen.

Deshalb ist es kein Wunder, daß die Behörden und die bürgerlichen Blätter sich dazu in Schweigen hüllen.

Die Methoden und Mittel des Antikommunismus sind durchaus vielfältig, und die, von denen sie eingesetzt werden, besitzen eine ziemlich merkwürdige Logik. Einmal lassen sie die „rote Gefahr" los, ein andermal sagen sie, die DKP sei eine völlig „unbedeutende" politische Kraft. Einerseits zeihen sie die Kommunisten „totalitärer Ansichten", andererseits schieben sie eisern junge Leute aus der SPD ab, die es sich erlauben, von einem gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten in Bereichen wie dem Kampf um Abrüstung zu reden. Einerseits versuchen sie, die DKP mit linksanarchistischen Gruppierungen gleichzusetzen, um den Bildzeitungsleser davon zu überzeugen, sie sei von Kopf bis Fuß auf Terror eingestellt, andererseits geben sie in Anleitungen für Insider zu verstehen, der Hauptschlag sei eben gegen die DKP als die einzige revolutionäre Partei zu führen.

Das Innenministerium hat dieser Tage einen Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz veröffentlicht. Den Tatsachen entgegen wird darin behauptet, die DKP verfolge verfassungsfeindliche Ziele. Nach außen hin allerdings, so müssen die Berichtverfasser eingestehen, verkünde sie Ziele, „die auch von Demokraten vertreten werden". Offenbar haben es die Verfassungsschützer gut kapiert: Alles, was mit Kommunisten zu tun hat, muß ausgemerzt werden. Mit Einzelheiten befaßt man sich nicht. Das ist schon nicht mehr nur gewöhnlicher Antikommunismus, das ist Antikommunismus mit Brett vorm Kopf. Im gleichen Bericht wird vom Rechtsradikalismus gesagt, die neonazistischen Ausfälle seien „unbedeutend", obwohl sie im Vorjahr die Zahl von 320, das 1,5fache von 1975 erreichten.

Der DKP-Vorsitzende Herbert Mies sagte zur Eröffnung des Volksfestes: „Da wird manchmal gesagt, die DKP sei eine kleine Partei. Nun, wir wissen um die Notwendigkeit, mehr Mitglieder und Wählerstimmen zu gewinnen und die vielen antikommunistischen Vorurteile abzubauen. Aber wir sind auch selbstbewußt genug, um zu sagen: Wenn wir wirklich so klein und schwach wären, wie man uns hin und wieder darzustellen versucht, warum verwendet man dann so große Mühe darauf, uns zu bekämpfen? Offensichtlich ist diese DKP doch ein realer politischer Faktor, mit dem die

Herrschenden dieses Landes rechnen müssen und von dem sie in der Tat genau wissen, wie gefährlich er für ihren selbstherrlichen Anspruch auf Alleinherrschaft ist. Und wenn schon von ‚klein' und ‚groß' die Rede ist, dann sei hier gesagt: Wir sind lieber die ‚kleine' Partei der kleinen Leute als eine ‚große' Partei des großen Kapitals. Man kann sicher sein: Auch in diesem Lande werden wir Kommunisten unsere Reihen stetig erweitern, wird unsere Partei zu einer immer stärkeren Kraft des arbeitenden Volkes werden."



Der junge Mann verteilt die Zeitung der westdeutschen Kommunisten.

Foto aus „Unsere Zeit"

Die Parteigruppen jedes Bundeslandes hatten in Recklinghausen Informationsstände, die über ihre Arbeit und ihren Kampf aufklärten. Außerdem gab es in Imbißbuden Spezialitäten wie Westfälischen Schinken oder Frankfurter Äppelwoi. Die Bayern boten selbstverständlich Bier an. Daneben klatschte das Publikum begeistert einer bayrischen Trachtengruppe zu.

Hans Schneider, der Bezirksvorsitzende der DKP Südbayern — graue Schläfen und wache Augen — berichtete uns, daß das Ansehen der Kommunisten auch in Bayern, wo die Rechten besonders stark sind, ständig wächst. Das Eis des Antikommunismus bekomme Risse, wenn die Menschen feststellen, wie die Kommunisten für konkrete Interessen eintreten. Immer mehr junge Leute kämen zur DKP, manchmal wechselten sie auch aus anderen Parteien über, sagte er, und stellte uns Georg Hallermayer vor. Er war vor einer Woche der DKP beigetreten. Bis dahin hatte er dem Vorstand der Jungsozialisten in München angehört.

Ein Übertritt von der SPD zu DKP ist in letzter Zeit keine Seltenheit mehr. Die SPD-Führung hat sich gegenüber Parteimitgliedern verhärtet, die eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten für zweckmäßig halten. Drei bekannten Sozialdemokraten droht wegen ihrer Mitarbeit im Abrüstungskomitee der Parteiausschluß. 62 Hamburger Jusos sollen geschaßt werden, weil sie sich mit dem Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten Benneter solidarisiert hatten. Diese zunehmenden Repressionen lassen sich kaum als ein Beweis für die Stärke der SPD betrachten.

Vielen Besuchern in Recklinghausen dürfte klargeworden sein, wie recht die Kommunisten haben und was für eine Kraft sie darstellen. Besonders Leute, die zum ersten Mal auf einer DKP-Veranstaltung waren. Lange genug wurde ihnen ja eingehämmert, daß die Kommunisten nur auf den Augenblick warten, um die „gesicherte Existenz" des Bundesbürgers zu unterwandern. Hier dagegen sahen sie ein wahres Volksfest. Sahen, daß die Kommunisten fröhlich sein und diskutieren können, wobei sie unangenehmen Fragen nicht ausweichen. Das Wichtigste aber, das sie erkannten, war: Nichts liegt den Kommunisten so sehr am Herzen wie das Wohlergehen des arbeitenden Menschen.

Bonn, am 4. Juli

NZ STREIFLICHTER

TÜRKEI

Die vom Führer der Republikanischen Volkspartei, Bülent Ecevit, gebildete Einparteienregierung, die sich im Parlament auf eine relative Mehrheit (214 von 450) stützte, legte vor kurzem ihr Programm vor. Es sah eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen (Entwicklung des Außenhandels, Ausbau der energiewirtschaftlichen Basis, Hilfe für landwirtschaftliche Genossenschaften, eine Bodenreform und eine Zurückdrängung der Monopole), ein Verbot der Aussperrung, die Erweiterung der Rechte der Werktätigen, kostenlose medizinische Betreuung, Hilfe für die Heimarbeiter, Handwerker und Kleinhändler sowie die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre u. a. Die Führer der bürgerlichen Oppositionsparteien und die ihnen nahe stehende Presse begannen daraufhin eine lautstarke Kampagne gegen die Regierung und ihr Programm. Der Generalsekretär der Gerechtigkeitspartei (GP), Nahit Menteşe, erklärte sogar, die Regierung bestehe aus Personen, die „nicht der Nation, sondern den Linken dienen". Es kam nicht zu einer sachlichen Diskussion über das Regierungsprogramm im Medschlis. Sobald Ecevit sein Programm verlesen wollte, verließen die Abgeordneten der Oppositionsparteien — der GP, der Partei der Nationalen Rettung und der Partei der Nationalen Bewegung — (zusammen 229 Sitze) den Saal.

Am 3. Juli wurde im Medschlis die Vertrauensfrage gestellt. Für die Regierung wurden 217 Stimmen, gegen sie 229 abgegeben. Ecevit erklärte dem Präsidenten den Rücktritt seines Kabinetts. Am 4. Juli wurde GP-Führer Suleiman Demirel, der die letzte Regierung geleitet hatte, mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt.

DSCHIBUTI

Die Republik Dschibuti, die am 27. Juni ausgerufen wurde, ist am 2. Juli das 49. Mitglied der OAU geworden. Die Regierung der Republik unter Präsident Hassan Gouled Aptidon gab den Beschluß bekannt, gleichfalls der Arabischen Liga beizutreten. Es wurde ver-

▶

Die SEATO ist tot. Es lebe die ASEAN?

A. USWATOW

Die Beerdigung fand in aller Stille statt. Am 30. Juni wurden vor dem SEATO-Sitz in Bangkok die sechs Flaggen der Mitgliedsländer dieses aggressiven Militärbündnisses (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Philippinen und Thailand) eingeholt und am folgenden Tag bereits nicht mehr gehißt. So sang- und klanglos ging die unrühmliche Geschichte der Vertragsorganisation Südostasiens zu Ende, die von der US-Diplomatie 1954, zur Hochsaison des kalten Krieges, zusammengezimmert worden war (anfangs gehörten auch Frankreich und Pakistan zu der Gruppe). Grabreden ersparte man sich, weil von Toten entweder gut oder gar nicht geredet werden sollte. Gutes vermochten die Gründer und Bosse der SEATO nicht zu sagen, denn es war ihnen nicht gelungen, diesen Block zu einem wirksamen Instrument des Neokolonialismus zu machen. Noch weniger hätten die Völker Südostasiens eine Trauerrede halten wollen, die der SEATO während der US-Aggressionen in Indochina nicht wenig Leid zu verdanken hatten.

Das Ableben der SEATO demonstrierte eindrücklich den Bankrott der ihr zugrunde gelegten antikommunistischen Ideen. Die historischen Siege der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea, die von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und allen Fortschrittskräften unterstützt wurden, der auch auf den asiatischen Kontinent immer mehr Einfluß gewinnende internationale Entspannungsprozeß waren sozusagen der letzte Nagel zum Sarge der heimgegangenen Lieblingsidee des John Forster Dulles, die Jahre hindurch das politische Klima in Südostasien vergiftete.

Dennoch möchte so mancher gern aus vollen Lungen der SEATO-Leiche neues Leben einhauchen. So wird erklärt, daß der Vertrag von Manila 1954, der das Fundament dieser aggressiven Gruppierung bildete, wie auch andere „gesonderte bilaterale" Abkommen, die zu verschiedener Zeit zwischen den USA und ihren Mitgliedern geschlossen wurden, in Kraft bleiben.

In den letzten Lebenstagen der SEATO wurden nicht nur die Möbel und anderes Büroinventar des Bangkoker Sitzes verschleudert, man wollte auch die endgültig kompromittierte Dulles-Konzeption der Ansiedlung antikommunistischer Militärgruppierungen im weitläufigen Raum des Stillen und des Indischen Ozeans an den Mann bringen.

Der AP-Korrespondent in Bangkok zitiert einen westlichen Diplomaten: „Die SEATO ist tot. Es lebe die SEATO!" Man könnte das natürlich als einen zweifelhaften Scherz nehmen, wenn dahinter nicht tatsächliche Pläne der Imperialisten steckten, die Spannungen in Asien im Sinne gehabter SEATO weiter anzuheizen. Besondere Anstrengungen werden gemacht, um die Assoziation der Staaten Südostasiens (ASEAN) ins gleiche Fahrwasser zu treiben, zu der sich vor 5 Jahren Indonesien, Malaisia, Singapur, Thailand und die Philippinen zusammengeschlossen hatten, um die regionale Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich auszubauen.

Offenbar glaubt Washington, ein Schritt in dieser Richtung entspreche den Aufgaben und Zielen seiner Asien-Politik unter den heutigen Bedingungen. Ein Anzeichen dafür dürfte sein, daß die neue Washingtoner Administration ihren Südostasien-Kurs in konzentrierter Form just vor der Einstellung der SEATO-Tätigkeit kundtat. Und zwar in einer Rede von US-Außenminister Cyrus Vance vor der Asien-Gesellschaft am 29. Juni in New York.

Vance erklärte, die US-Interessen in diesem Raum seien „bedeutend und langfristig" und die „USA sind und bleiben eine asiatische und pazifische Macht". (Pazifische, das ist klar, wieso aber „asiatische"? Die USA liegen auf keinem Atlas irgendwo auf dem Festland oder den Inseln Asiens.) Weiter hieß es, die USA wollten „ihre starke militärische Präsenz in diesem Raum aufrechterhalten", wobei sie sich insbesondere auf den japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrag" und die „vielversprechende Annäherung an China" stützen werden. (Bekanntlich hat die Pekinger Führung nichts dagegen, sondern ist im Gegenteil für die Präsenz amerikanischer Truppen und Militärstützpunkte in Asien).

Vance äußerte ferner den Wunsch der USA, den „Zusammenschluß der ASEAN-Gruppierung" zu fördern. Diese Formulierung nahmen viele internationale Beobachter als Bekräftigung der Pläne Washingtons, die regionale Organisation seiner militärischen und politischen Strategie einzuordnen.



Daß diese Schlußfolgerung nicht unbegründet ist, läßt sich anhand vieler Erklärungen feststellen, die der inzwischen gewesene SEATO-Generalsekretär Hongladarom in den letzten Tagen der Organisation von sich gab. Er machte viel Wind um ein „Bestreben der kommunistischen Staaten, ihre Einflußsphäre in Südostasien zu erweitern", um eine „zunehmende Gefahr subversiver Tätigkeit der Kommunisten", beklagte sich über die Schwäche der ASEAN, weil sie nämlich „keine Verbindungen zu den USA und anderen Mächten außerhalb dieses Raumes" hat, und forderte dazu auf, „mit allen Mitteln zur Stärkung der ASEAN beizutragen". Wessen Gedanken der führende Mann des Blocks, der immer im Dienste der USA stand, da ausgesprochen hat, läßt sich leicht erraten.

Unter „Stärkung der ASEAN" hat man sich vor allem die Stärkung ihrer militärischen Aspekte vorzustellen. So ist z. B. kennzeichnend, daß auf einem Seminar des indonesischen Zentrums für strategische

und Internationale Studien im Juni auf Bali, wie der *New York Times*-Korrespondent meldete, weniger „Persönlichkeiten der akademischen Welt" anwesend waren als vielmehr Vertreter von „Regierungs- und militärischen Kreisen" der fünf ASEAN-Länder sowie führende Mitarbeiter des State Department und des nationalen Sicherheitsrats der USA, die denn auch den Ton angaben.

Aber man beschränkt sich nicht nur auf theoretische Überlegungen. Bekannt ist, daß zwischen einigen ASEAN-Mitgliedern bilaterale Abkommen über Sicherheit und militärische Zusammenarbeit geschlossen wurden. So zwischen Thailand und Malaysia, Malaysia und Indonesien sowie einigen anderen Staaten. Sie halten nicht nur gemeinsame Manöver ab, sondern unternehmen auch nicht selten Kampfaktionen im Raum ihrer gemeinsamen Grenzen gegen sogenannte kommunistische Aufständische. Bereits im vergangenen Jahr hat die *Far Eastern Economic Review* (Hongkong) geschrieben, die ASEAN werde wohl kaum ein offizielles Militärbündnis nach der Art der SEATO schließen, aber es gebe viele Möglichkeiten zu einer gleichgearteten militärischen Zusammenarbeit auch ohne einen offiziellen Vertrag. Also gewissermaßen durch die Hintertür.

Tatsächlich äußern sich die meisten führenden Staatsmänner der ASEAN-Länder öffentlich gegen den Plan, die Assoziation in einen militär-politischen Block zu verwandeln. In Wirklichkeit jedoch häufen sich die Anzeichen dafür. Der Thailändische Außenminister Pachirayangkul, der sich Mitte Juni in Djakarta aufhielt, erklärte ohne Umschweife vor Journalisten, das Problem der Sicherheit und Verteidigung in Südostasien werde als eines der wichtigsten Themen auf dem im August in Kuala Lumpur bevorstehenden zweiten ASEAN-Gipfeltreffen erörtert werden. Dabei berief sich der Minister auf eine „ständige Bedrohung" Thailands von „gewissen Seiten", wobei er die von thailändischen Militärkreisen organisierten Provokationen gegen den Nachbar Laos verschwieg.

Der Gerechtigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß in anderen ASEAN-Hauptstädten das Vorpreschen Bangkoks nicht gerne gesehen wird. Indonesiens Außenminister Adam Malik wies Ende Juni die Lesart seines thailändischen Kollegen zurück und sagte, militärische Fragen kämen nicht auf die Tagesordnung von Kuala Lumpur, wobei er jedoch gleich hinzufügte, sie könnten Gegenstand inoffizieller Gespräche werden.

Außer der direkten Beeinflussung der ASEAN-Länder versucht Washington immer stärker, seine imperialistischen Partner Japan, Australien und Neuseeland zu „Beschützern" dieser Länder zu machen.

Angekündigt wurde bereits eine Begegnung zwischen dem japanischen Premier Fukuda und den ASEAN-Staatsmännern in Kuala Lumpur Anfang August. Danach wird Fukuda die Hauptstädte dieser Staaten sowie Rangun (Burma) besuchen. Der japanische Premier hat vor kurzem die Beziehungen zur ASEAN als eine wichtige Tendenz in der japanischen Außenpolitik bezeichnet.

Genauso bemühen sich um die ASEAN auch die US-Partner aus der ANZUS, Australien und Neuseeland, deren Ministerpräsidenten ebenfalls im August in Kuala Lumpur erwartet werden. Der *New York Times*-Korrespondent, der über das bereits erwähnte „wissenschaftliche" Seminar auf Bali berichtete, deutete an, in Kuala Lumpur werde es nicht nur um die wirtschaftliche Hilfe aus Japan, Australien und Neuseeland gehen, sondern auch um militärische. Übrigens bestehen zwischen Australien und Neuseeland und einigen ASEAN-Mitgliedern (so zwischen Indonesien und Australien) seit langem ziemlich lebhafte militärische Kontakte.

Demokratische und nüchtern denkende Kreise in Südostasien werden sich immer deutlicher der ganzen heraufziehenden Gefahr bewußt. Die Zeitung *Merdeka* (Djakarta) betonte in einem Kommentar zur Auflösung der SEATO, die Militärblocks in Asien hätten stets zur Verstärkung der internationalen Spannungen, zur Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen. Die Zeitung erklärt, man wolle in Indonesien nicht, daß die ASEAN den Platz der SEATO einnehme, wozu sie von bestimmten westlichen Kreisen gedrängt wird, und setzt sich unzweideutig dafür ein, alle strittigen Fragen in diesem Weltteil durch Verhandlungen auf der Grundlage von Freundschaft und Zusammenarbeit zu lösen. Das ist eine Forderung der Zeit. Das verlangen die wahren Interessen aller asiatischen Völker. ■

NZ STREIFLICHTER

lautbart, daß die Außenpolitik auf den Prinzipien der Blockfreiheit basieren wird.

Am 27. Juni schloß die Regierung mit dem ehemaligen Mutterland Frankreich eine Reihe von Abkommen über Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel ab. Ferner wurde ein befristetes Militärabkommen unterzeichnet, nach dem dort ein französisches Truppenkontingent für den „Schutz der Grenzen und die Ausbildung der Armee" verbleibt. Gouled Aptidon erklärte, in Dschibuti werde es keine ausländischen Militärstützpunkte geben und die französischen Soldaten würden das Land nach Ausbildung der einheimischen Truppen verlassen.

■ BAHREIN

Am 1. Juli kündigte die Regierung das Abkommen mit den USA über die Nutzung der Marinebasis Joufair durch die 7. US-Flotte auf. Seit 1971 hatten die USA von diesem Stützpunkt Gebrauch gemacht, um die Seewege im Persischen Golf und im Indischen Ozean zu kontrollieren. Zugleich wurde bekannt, daß Saudi-Arabien auf Bahrein geheim eine Luftwaffenbasis errichtet. Dieser Stützpunkt wird Ende 1977 in Betrieb genommen. Der britische Guardian meldete mit Hinweis auf „gut informierte westliche Quellen", daß dieser Stützpunkt gleichzeitig 25 Kriegsflugzeuge aufnehmen kann. Die arabische Öffentlichkeit tritt für die Beendigung der ausländischen Militärpräsenz im Raum des Persischen Golfes ein und äußert die Besorgnis, die USA könnten diesen saudi-arabischen Stützpunkt in ihren Interessen nutzen und so die Annullierung des Abkommens mit der Regierung von Bahrein kompensieren.

■ ÄGYPTEN

Am 1. Juli wurden in Kairo personelle Veränderungen in der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) bekanntgegeben — der politischen Organisation, der alle drei gegenwärtig erlaubten Parteien angehören. Das alte ZK der ASU unter Khalil wurde aufgelöst und ein neues 475köpfiges ZK gebildet.

——▶

GROSSBRITANNIEN

LABOUR IN DER KLEMME

Von unserem ständigen Berichterstatter
Wladimir PAWLOW

Im Mai und Juni konnte man in London ungewöhnliche diplomatische Aktivitäten verzeichnen. Fast ununterbrochen gab es internationale Beratungen und Konferenzen. Einige Engländer gewannen dadurch die Illusion, es könnten die guten alten Zeiten wiederkehren, als die Weltpolitik auch von London aus gemacht wurde. In diesen Monaten fanden auch die Feierlichkeiten anläßlich des 25. Jahrestages der Thronbesteigung Königin Elizabeths statt. Der Propagandarummel um die Londoner NATO-Ratstagung, die Commonwealth-Konferenz, den Neuner-Gipfel und das Queen-Jubiläum konnte jedoch nicht von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Großbritannien ablenken.

Am stärksten beunruhigt ist die Öffentlichkeit darüber, daß es keinerlei Anzeichen einer Verbesserung der Situation gibt. 1976 hatte Großbritannien einen Nullzuwachs in der Industrieproduktion. Für 1977 wird ein Zuwachs von nur *einem* Prozent erwartet. Die Inflation, deren Rate nach letzten Angaben 15 Prozent übertrifft, geht weiter. Die Arbeitslosenzahl hat im Juni 1,45 Millionen erreicht. Die Zahl der Beschäftigungslosen wird aller Voraussicht nach durch die Schulabgänger noch zunehmen und bald die 1,5 Millionen-Grenze überschreiten.

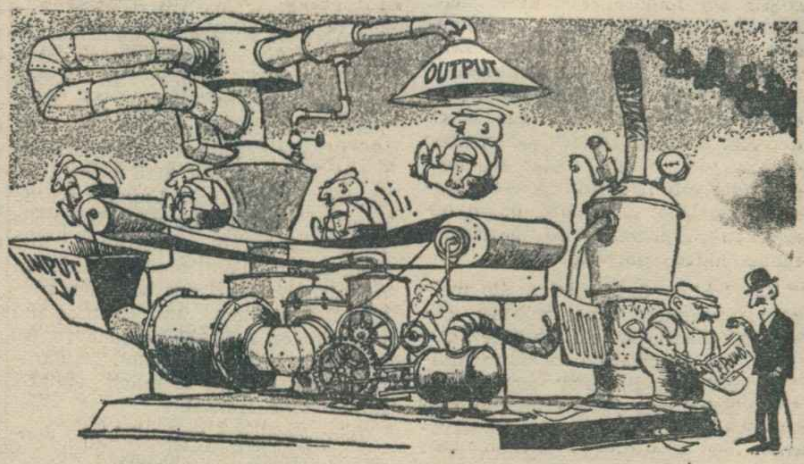
Die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat die politische Situation verschärft. Die Labour Partei, die bei Nachfolgewahlen ins Parlament verschiedentlich schlecht abschnitt und ihre absolute Mehrheit im Unterhaus verlor, bildet nun eine Minderheitsregierung. Die Konservativen nutzen die sinkende Popularität der Labours aus und versuchen mit allen Mitteln, die Regierung zu stürzen und zu vorzeitigen Neuwahlen zu zwingen. Im März d. J. konnte sich die Regierung Callaghan nur durch einen Handel mit den Liberalen im Amt halten. Gegen ihre bessere Position im Parlament gaben die Labours ihre Handlungsfreiheit. Sie müssen sich jetzt in allen Fragen mit den Partnern absprechen.

Der Honigmond der Labours und der Liberalen war kurz. Bei den Anfang Mai in England, Schottland und Wales abgehaltenen Stadt- und Gemeindewahlen erlitten beide Parteien eine böse Niederlage. In England und Wales, wo sie mehr als tausend Mandate einbüßten, verloren die Labours die Mehrheit in 25 Städten und Grafschaften, darunter in London und Manchester. In Schottland verloren sie die Kontrolle in den Räten so großer Städte wie Glasgow und Aberdeen. Da die Bürger keine andere Wahl hatten, wurden die Verluste der Labours zu Gewinnen der Konservativen, der Partei des Großkapitals. Infolgedessen werden nun fast 95 Prozent der britischen Bürger von konservativen Gemeinderäten regiert. Diese Partei verbirgt nicht, daß sie die staatlichen Sozialausgaben weiter herabsetzen und das System der billigen Gemeindehäuser an Privatunternehmer übertragen will.

Die Wahlen verliefen vor dem Hintergrund einer heftigen Intensivierung der profaschistischen „Nationalen Front", die mit eindeutig rassistischen Parolen auftrat: Farbige müßten aus den Listen für Wohnraumbedürftige gestrichen, für ihre Kinder müßten spezielle Schulen geschaffen, und letzten Endes sollten alle Farbigen mit ihren Familien ausgewiesen werden. Die fortschrittliche Öffentlichkeit stellt besorgt fest, daß die „Nationale Front" die Verzweiflung und Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung recht erfolgreich ausgenutzt hat. In 33 von 92 Wahlkreisen Groß-Londons haben die Neofaschisten mehr Stimmen als die Liberalen gewonnen und wurden so zur dritten Partei nach den Konservativen und den Labours. Insgesamt stimmten 119 000 Einwohner der Hauptstadt für Kandidaten der „Nationalen Front".

Die demokratischen Kräfte meinen, daß die Wähler sich von den Labours abgewandt haben, weil die Regierung versucht hatte, auf Kosten der Werktätigen aus der Klemme zu kommen. Und zwar durch Steigerung der Arbeitslosigkeit und Preisheraufsetzungen bei gleichzeitiger Kürzung der Sozialbewilligungen und Lohnstopp. In einer Erklärung des politischen Ausschusses der Kommunistischen Partei Großbritanniens zu den Wahlen heißt es: „Die Verantwortung für die Niederlage der Labours und für die Stärkung der Reaktion kommt voll und ganz auf die von der Labourregierung betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik. Niemand kann mehr behaupten, der Sozialkontrakt sei eine Möglichkeit zur Rettung der Labours."

Der Kontrakt war nicht in der



An der britischen Wirtschaftsmaschine: „Ich fürchte, der Brennstoff geht allmählich zu Ende."

Aus „Washington Star News"

Lage, das Lebensniveau der Werktätigen zu erhöhen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, die Lage im Bereich der Volksbildung und der Sozialversicherung zu verbessern und die immer drohendere Krise in den Städten zu beenden.

Der Sozialkontrakt war 1975 zwischen dem Britischen TUC und der Labour-Regierung geschlossen worden. Als Gegenleistung für das Einverständnis der Gewerkschaften zum Lohnstopp hatte die Regierung entschiedene Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft, zur Ausmerzung der Willkür der Monopole und zur Umverteilung von Reichtum und Macht zugunsten der Werktätigen versprochen. Die Erfahrungen der zwei vergangenen Jahre beweisen: Wenn die Werktätigen zweimal freiwillige Opfer gebracht haben, so kann sich die Regierung keineswegs der Einhaltung ihrer Verpflichtungen rühmen. Von welcher Umverteilung der Reichtümer kann die Rede sein, wenn der Lebensstandard der Werktätigen 1976 um 5 Prozent zurückging und weiter sinkt? In den 9 Monaten der Geltungsdauer von Phase zwei des Sozialkontrakts, d. h. zwischen August 1976 und April 1977, erhöhte sich das Durchschnittseinkommen um 7,5 Prozent, die Preise aber kletterten im gleichen Zeitraum um 14,6 Prozent. Ebenso haben sich die Profite der vier größten Banken im Vorjahr fast verdoppelt. Die Unternehmer erhielten in den zwei letzten Jahren infolge der geminderten Preiskontrolle einen Zusatzgewinn von fast einer Milliarde Pfund. Der Kapitalexport ging weiter: Allein 1976 entschwanden 2 Milliarden Pfund, 300 Millionen mehr als in die der Investitionen so dringend bedürftigen Industrie gesteckt wurden.

Unter diesen Umständen begann zwischen der TUC-Führung und der Regierung das Schlußstadium der Verhandlungen über ein neues Abkommen zur Beschränkung des Einkommenswachstums, das am 1. August in Kraft treten sollte. Die meisten Gewerkschaften sind gegen dieses Abkommen und verlangen die Rückkehr zur Praxis des unkontrollierten Abschlusses von Kollektivverträgen. Eine Resolution mit derartigen Forderungen wurde z. B. auf der Ende Juni abgehaltenen Konferenz des Gewerkschaftsverbands Schiff- und Maschinenbau gefaßt, der etwa drei Millionen Mitglieder zählt.

Die Regierung dagegen beharrt unter dem Druck der Liberalen darauf, daß sich die Gewerkschaften auf eine höchstens 10prozentige Lohnerhöhung einlassen. Um die Werktätigen zu spalten und eine Berufsgruppe gegen die andere auszuspielen, wurde den Gewerkschaften vorgeschlagen, den Lohnfonds der Betriebe insgesamt zu erhöhen, damit sie dann Lohnzuschläge nach eigenem Ermessen geben könnten.

Unter Ausnutzung der Schwierigkeiten der Regierung im Parlament und in ihren Beziehungen zu den Gewerkschaften beschloß der Chef der Liberalen Steel sich teuer zu machen. Als Voraussetzung für die Erneuerung des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, das im Oktober ausläuft, verlangte er vom Premier die Erfüllung von 10 Punkten. Einer der wichtigsten betrifft die völlig gleichberechtigte Teilnahme der Liberalen an der Aufsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode 1977—1978, insbesondere in der Wirtschaft.

Eine andere Forderung bezieht sich auf härtere Streikgesetze. Sie wurde von den Liberalen nach dem aufsehenerregenden Streik in der Londoner Grunwick-Fabrik gestellt. 137 Arbeiter waren im August v. J. von Grunwick entlassen worden, weil sie der Gewerkschaft beigetreten waren. Mehr als 10 Monate streikten die Arbeiter für ihre Wiedereinstellung. Um die Streikenden zu unterstützen, organisierten die Post-, die Bergarbeiter- und andere Gewerkschaften vor den Fabriktoren Streikposten. Gegen die Klassensolidarität richtet sich jetzt der Schlag der Liberalen und Konservativen sowie des gesamten bürgerlichen Propaganda-Apparats.

Der linke Labourflügel verurteilt die Forderungen der Liberalen entschieden, da er sie für eine offene Erpressung der Regierung hält. Trotzdem veranlaßte James Callaghan seine Kabinettsmitglieder, die Forderungen aufmerksam zu prüfen. Nach Ansicht einiger Minister bestehen keine besonderen Hindernisse, sie zu erfüllen, und das Abkommen im Oktober um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Der Kampf der Werktätigen und des linken Labourflügels gegen den sogenannten Sozialkontrakt, gegen den Handel der Labourregierung mit den Liberalen demonstriert deutlich, wie heuchlerisch die Theorie von der „Partnerschaft und Eintracht" zwischen Arbeit und Kapital ist.

London, im Juli

NZ STREIFLICHTER

Seine meisten Mitglieder sind Abgeordnete der Nationalversamlung, die die Regierungspolitik unterstützen, andere Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker, Gewerkschaftsführer, Vertreter der Handelskammern und des Privatkapitals. Die örtlichen Organisationen der ASU werden umorganisiert.

■ USA

Ende Juni war an den westlichen Devisenbörsen der stärkste Kurseinbruch des US-Dollars in den letzten beiden Jahren zu verzeichnen. Vom 20. Juni bis 4. Juli fiel sein Kurs gegenüber dem japanischen Yen um 2,3%, der DM um 1,7%, dem französischen Franc um 0,7% und gegenüber dem britischen Pfund Sterling um 0,3%.

Der Sturz des Dollars erklärt sich dadurch, daß wieder Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Währung wegen des zunehmenden Handelsbilanzdefizits der USA aufgekommen ist.

Andererseits erklären einige Wirtschaftskommentatoren den Fall des Dollars mit der Absicht Washingtons, einer Verschlechterung der Handelspositionen der USA (vor allem gegenüber Japan und der BRD) mit Operationen an den Devisenmärkten entgegenzuwirken. Der Kursanstieg der harten Währungen — der DM und des Yen — gegenüber dem Dollar gibt den amerikanischen Waren eine größere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

■ RSA

RSA-Premierminister Vorster erklärte, seine Regierung werde vor nichts haltmachen, um „law and order" aufrechtzuerhalten. Diesem Ziel, sagte er, soll der neue Rüstungshaushalt des Landes dienen, der „die Forderungen der Welt, in der wir leben", zum Ausdruck bringt.

In den letzten 15 Jahren sind die Rüstungsausgaben der RSA fast auf das 30fache gestiegen. Im neuen Haushalt betragen sie umgerechnet 2 Md. Dollar oder 20% der gesamten Staatsausgaben. Hierbei sind große Summen für das Kernforschungsprogramm bestimmt. Zudem werden etwa 250 Mio Dollar für die Polizei und 90 Mio Dollar für den Unterhalt der Gefängnisse bereitgestellt, deren Netz ständig enger wird. ■

ITALIEN

KOMMT EIN WANDEL?

Wadim ARDATOWSKI

Die alljährliche Flucht aus den Städten begann wie immer in den ersten heißen Tagen. Anfang Juli erreichte die Anzahl von Wagen auf den Chausseen Italiens 5 Millionen. Aus den Ameisenhaufen Rom, Mailand und Turin flüchten sie sich an die Adriaküste, zu den Fährenüberfahrten, in die kühleren Voralpen. Die Ferienzeit ist da, und im August werden in den Städten wie stets mehr Touristen als Einheimische sein.

Schätzungsweise wird die Zahl von Auslandsgästen in diesem Jahr 15—20% höher liegen als in der vorigen Saison. Das Interesse für Italien als Wiege der Weltzivilisation, seine herrlichen Städte wie Florenz oder Venedig pflanzt sich von Generation auf Generation fort. Gewiß, die Kulturwerte und Naturreichtümer sind für ihre Besitzer verpflichtend. Leider bleiben die Artikel in der italienischen Presse über die Erhaltung Venedigs, den Schutz Pompejis vor Souvenirmardern und Projekte zur Rettung des Turms von Pisa nur gute Vorsätze und lassen das Wichtigste — Informationen über konkrete Taten — vermissen. Etwas wird für den Umweltschutz doch unternommen. Die Küste ist weniger verschmutzt als in den früheren Jahren, und die Schilder „Baden verboten" sind jetzt nicht mehr so häufig. Man trifft sie nur in der Tibermündung bei Rom, im Vorfeld von Santa Lucia, in Genua, Bari und einigen anderen Hafenstädten an.

Anziehend für den Touristen von heute ist auch, daß sich die Preise etwas langsamer erhöhen. Im Mai stiegen sie lediglich um 1,2%, d. h. weniger als in Großbritannien, Holland oder Frankreich. Der Jahreskennziffer nach hält Italien aber noch immer den westeuropäischen Rekord in der Teuerung: 19,5%. Das Außenhandelsdefizit ist etwas zurückgegangen, die Industrieproduktion gewachsen.

Die Sommerhitze hat dem politischen Leben nichts von seiner Hektik genommen. Noch nie gab es Anfang Juli so viele wichtige Ereignisse im Parlament, in den Beziehungen zwischen den Parteien und in der Tätigkeit der Regierung. Die Verhandlungen zwischen allen wichtigsten Parteien, bei denen ein Ausweg aus der Krise gesucht sowie wirtschaftliche und soziale Reformen erwogen wurden, sind nun abgeschlossen. Nach Dutzenden Zusammenkünften und Kontakten auf verschiedener Ebene, von Wirtschaftsexperten bis zu den politischen Sekretären, bestätigten die Leiter der Kommunistischen, der Sozialistischen, der Republikanischen, der Sozialdemokratischen und der Christlich-Demokratischen Partei ein gemeinsames Programmabkommen.

Von den 57 Schreibmaschinenseiten dieses Dokuments von fünf Parteien (die sechste, die Liberale, bekennt sich nur zu einigen seiner Punkte) gelten 36 den Wirtschaftsproblemen. Es wurden die Aufgaben ins Auge gefaßt, das Wachstumstempo der Produktion zu steigern, die Inflation zu bekämpfen, aber vor allem die Beschäftigung zu sichern. Fixiert wurden konkrete Maßnahmen zur Entwicklung des Landessüdens. Keine Übereinstimmung wurde zum Problem des Wertes der Arbeitskraft erzielt: Die bürgerlichen Parteien gaben ihre Absicht nicht auf, die Arbeiterklasse um eine solche Errungenschaft wie die Lohngleitskala zu bringen.

Der nächste Abschnitt des Programms beinhaltet den Schutz der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung der Kriminalität, darunter auch der politischen. Eine Übereinkunft über die Notwendigkeit von Vorbeugungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, einer Reform der Polizei sowie der Beschleunigung des Gerichtsverfahrens wurde erzielt.

Die Paragraphen des Dokuments, die von den lokalen Machtorganen handeln, sehen die Durchführung der bereits bestehenden legislativen Bestimmungen vor, laut denen eini-

BIOGRAPHISCHES



Hassan Galed Aptidon

Geboren 1916 in Dschibuti, gehört zu den Issa (eine der beiden größten enthnischen Gruppen des Landes).

1952—1958 vertrat er Dschibuti, damals ein „Überseegebiet" Frankreichs, im französischen Senat; 1959 in die Französische Nationalversammlung gewählt. Später stellvertretender Ministerpräsident der Regierung von Dschibuti, dann Mitglied der Territorialen Versammlung; 1963 Unterrichtsminister, 1967 Demission (gemeinsam mit anderen Ministern) aus Protest gegen die Innenpolitik des damaligen Ministerpräsidenten.

Nach dem Austritt aus dem Staatsdienst ging Aptidon zur Opposition über. Seit 1972 Vorsitzender der Afrikanischen Volksliga für die Unabhängigkeit.

Bei den Wahlen zum Unterhaus vom 8. Mai 1977, die gleichzeitig mit dem Referendum über die Frage der Unabhängigkeit von Dschibuti stattfanden, erhielt seine Partei gemeinsam mit einigen anderen politischen Organisationen die überwiegende Stimmenmehrheit. Als ihr Vorsitzender wurde Hassan Gouled Aptidon am 16. Mai zum Vorsitzenden des Regierungsrates von Dschibuti gewählt.

Nach Ausrufung der Unabhängigkeit am 27. Juni wurde er zum ersten Präsidenten der Republik Dschibuti. Zum außenpolitischen Kurs seines Landes sagte er, die Republik werde der UNO, der OAU und der Arabischen Liga beitreten, die Politik der Nichtpaktgebundenheit durchführen und „ausbalancierte" Beziehungen zu den Nachbarstaaten unterhalten.

DER ERSTE PRÄSIDENT DER UNABHÄNGIGEN REPUBLIK DSCHIBUTI IST HASSAN GOULED APTIDON

ge Funktionen und Dienste der Zentralbehörden den Gebietsjunten und -versammlungen übergeben werden.

Die Parteien hoben die Wichtigkeit hervor, die dem Abschluß von Umgestaltungen im Hochschulwesen sowie im nationalen Rundfunk und Fernsehen zukommt. Das Dokument betrifft also nahezu alle wichtigsten Aspekte des Lebens im Lande. Betont sei, daß es von Vertretern der Mehrheitsparteien im Parlament abgefaßt wurde. Hierbei könne, schreibt die *Unitá*, „niemand die politische Bedeutung folgender Tatsache übersehen: Erstmals nach der Entfernung der Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung 1947 hat die IKP an der Abfassung eines Regierungsprogramms und entsprechender Beschlüsse teilgenommen."

Politisch bedeutet das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Parteien, daß die Strategie und Taktik jener bürgerlichen Parteien gescheitert ist, die der IKP und der Riesenmasse ihrer Wähler das Mitspracherecht bei der Verwaltung des Landes nicht zuerkennen wollen. Beginnt nun also der große Wandel?

Der rechte Flügel der Christdemokraten, der auf Antikommunismus schwört, will vom programmatischen Dokument nichts wissen. Wie stets wurde der Senatsvorsitzende Amintore Fanfani zum Sprachrohr dieser Leute. Aber die Anhänger eines realistischen Kurses der Partei — Moro, Zaccagnini und Andreotti — sind entschlossen, die Übereinkunft, zu deren Zustandekommen sie unmittelbar beitrugen, nicht aus der Welt schaffen zu lassen.

Das Dokument ist natürlich kein Allheilmittel und kann Italien nicht Rettung vor den Krisenerscheinungen, sozialen Unbilden und inneren Widersprüchen bringen. Mit Recht wird in einigen Partei- und Gewerkschaftskreisen auf seinen begrenzten Charakter hingewiesen. Das Dokument fixiert die Übereinkunft nur dort, wo sie möglich geworden ist, zeugt aber auch von wesentlichen Differenzen. Anders konnte es gar nicht sein: Allzu groß ist der Unterschied in den politischen und Klasseninteressen der betreffenden Parteien. Doch ist heute mit der Parole „Doppelt oder nichts" den Werktätigen wenig gedient und Italien nicht aus der Krise herausgeholfen.

Die Situation im Lande bleibt verwickelt und angespannt. Täglich kommt es zu Provokationen von Neofaschisten und mit ihnen konform gehenden ultralinken Terroristen. Das Krebsgeschwür der Arbeitslosigkeit zerfrißt die Gesellschaft: In einem Jahr ist sie um 10% gestiegen und umfaßt 1,3 Millionen Personen. Hinzu kommen noch die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter sowie Jugendliche, die sich nach ihrer ersten Einstellung umsehen und folglich noch nicht als arbeitslos geführt werden.

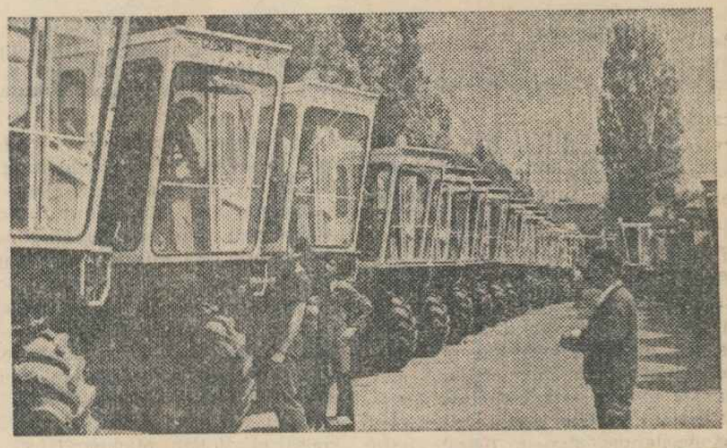
Die sozialen Errungenschaften, die die Werktätigen im langjährigen Kampf abgetrotzt haben, bestehen hautpsächlich in den Nord- und den Zentralgebieten. Der Süden war und bleibt die rückständigste Zone Italiens, das Gebiet von Arbeitslosen und Emigranten. Eines der letzten Hefte der Zeitschrift *Europeo* bringt eine Reportage aus dem Gebirgsdorf Monteverde (Provinz Avellino). Gegenwärtig ist die Einwohnerzahl gegenüber 1951 auf die Hälfte gesunken. Von 422 Häusern stehen 249 unbewohnt. Im vorigen Jahr kamen dort nur 15 Kinder zur Welt. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt 35 000 Lire pro Kopf der Bevölkerung. Das ist der Preis von 7 kg Fleisch bzw. Fisch. Die Hälfte der Häuser haben keine Wasserleitung, fast alle keine Kanalisation. Das nächste Krankenhaus liegt 30 km entfernt.

In Monteverde und anderen südlichen Dörfern denken nur ganz wenige an eine Ferienreise. Von hier aus fährt man nur auf Arbeitsuche weg. Vielleicht aber erreichen die Wandlungen, die sich in Rom melden, auch solche gottverlassenen Winkel wie Monteverde?

Rom, im Juli

UdSSR — RUMÄNIEN

GLORIA-12



Im Werkhof der Bukarester Fabrik „Semănătoare" stehen neue moderne Kombines „Gloria-12" in Reih und Glied. Die Fabrik beteiligt sich aktiv an der Entwicklung der industriellen Spezialisierung der sozialistischen Länder. Vor kurzem lieferte sie experimentelle Kombines, die an Abhängen eingesetzt werden sollen, an die Sowjetunion. Die Bukarester Maschinenbauer haben aufgrund sowjetischer Dokumentationen einen originellen Maiskolbenentliescher geschaffen.

Die industrielle Spezialisierung und Kooperation ist ein relativ neues und höchst aussichtsreiches Gebiet der sowjetisch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen. Auch in anderen Bereichen wird die Zusammenarbeit enger. Die Hauptrichtungen für einen maximalen Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern sind im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand fixiert, dessen 7. Jahrestag in der UdSSR und der SRR am 7. Juli begangen wurde.

Foto und Text N. Paklin

SPIEGELBILD DES ERREICHTEN

Der Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR ist mit großem Interesse in aller Welt aufgenommen worden. NZ-Korrespondent Juri Tjunkow ersuchte den stellvertretenden Generalsekretär des ZK der Libanesischen KP, Georges KHAOUI, um seine Meinung zu diesem Dokument.

Genosse Khaoui, was hat insbesondere Ihre Aufmerksamkeit im Entwurf der neuen Verfassung gefunden?

Ich habe mich mit diesem wichtigen Dokument vertraut gemacht und möchte vor allem betonen, daß der Entwurf der sowjetischen Verfassung zweifelsohne ein Spiegelbild der historischen Errungenschaften des ersten sozialistischen Landes ist. Die großartigen Erfolge beim Aufbau einer neuen Gesellschaft sind nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für alle Völker der Welt von Bedeutung. Sie üben einen starken Einfluß auf die gesamte historische Schlacht der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus, für nationalen und sozialen Fortschritt aus. Und in diesem Kampf kommt den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft unter Führung der UdSSR erstrangige Bedeutung zu.

Mit der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes haben die Fortschrittskräfte in aller Welt ein Dokument von überragender Wichtigkeit erhalten. Seine Bedeutung im ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Wichtigste ist meiner Meinung nach, daß in ihm die Errungenschaften der sozialistischen Ordnung legislativ verankert sind. Die Artikel über die sozialökonomischen Rechte der Bürger weisen einen besonderen Gehalt auf, der nur für die entwickelte sozialistische Gesellschaft kennzeichnend ist.

Der Verfassungsentwurf bringt die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion zum Ausdruck. Das Dokument legt Zeugnis ab von der unmittelbaren Teilnahme des Volkes an der Leitung des Staates von unten bis oben. In ihm sind die Rechte der Unionsrepubliken vollständiger bestimmt. Der Verfassungsentwurf weist der Volkskontrolle eine wichtige Rolle zu. Kurzum, im Staat des ganzen Volkes wird die wahre Macht des Volkes ausgeübt. Und wohl als erstes Beispiel für die Teilnahme der Massen an der Leitung des Staates kann die jetzige Volksaussprache über den Verfassungsentwurf gelten.

Die Westpropaganda behauptet immer wieder, in der UdSSR würden die Menschenrechte verletzt. Was möchten Sie dazu sagen?

Der neue Verfassungsentwurf demonstriert, daß in der Sowjetunion allen Bürgern nicht nur ein Höchstmaß an Rechten gewährleistet, sondern auch ihre Verwirklichung vollständig garantiert ist. Die Verfassung verankert die vollständige reale Gleichberechtigung aller Sowjetbürger, unabhängig von ihrer Nationalität. Und ist denn nicht die volle Gleichberechtigung der Frau bemerkenswert? In welchen Ländern sind denn ebenfalls Artikel über den Schutz der Kindheit und der Gesundheit der Jugend verfassungsmäßig verbrieft?

Wir meinen, daß das Kapitel über die Menschenrechte, die vielen Völkern so am Herzen liegen, von sehr großer Bedeutung für den Kampf aller progressiven Kräfte ist und Vorbildcharakter hat. Hier möchte ich besonders betonen, daß es um Menschenrechte in der kapitalistischen Gesellschaft, wo Krokodilstränen über angebliche Men-

---

UdSSR—SOMALIA

IM GEIST DER FREUNDSCHAFT

Der 11. Juli ist der dritte Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der DR Somalia.

In diesen Jahren legten die Sowjetunion und Somalia einen weiten Weg zurück von den ersten Kontakten bis zur breiten, gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, die jetzt den politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Bereich erfaßt.

Obgleich die Sowjetunion und Somalia auf verschiedenen Kontinenten liegen, Tausende Kilometer voneinander entfernt, gibt es viel Gemeinsames, was unsere Länder und Völker einander näherbringt und sie zu Kampfgefährten und Freunden werden läßt. Das ist vor allem die Solidarität im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für einen dauerhaften Weltfrieden. Der Vertrag bekräftigt auch die gemeisamen Lebensinteressen beider Länder und ihr Streben nach weiterer Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit.

Die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetunion für Somalia ermöglicht es der jungen afrikanischen Republik, ihr Programm für Umgestaltungen zu verwirklichen, die auf den Aufbau einer neuen Gesellschaft nach sozialistischen Prinzipien gerichtet sind. Ergebnisse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind die mit sowjetischer Hilfe errichteten Objekte wie der Ozeanhafen von Berbera, die Molkerei in Mogadischu, das Fleischkombinat von Chisimaio. Alle diese Betriebe bilden die Grundlage des staatlichen Wirtschaftssektors, ohne den ein weiterer Fortschritt undenkbar ist. Eine große Hilfe leistet die Sowjetunion Somalia auch bei der Ausbildung nationaler Kader.

Die Bedeutung des Vertrages geht weit über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinaus. In voller Übereinstimmung mit der UNO-Charta trägt er zur Festigung der prinzipiell neuen, gleichberechtigten und gerechten Beziehungen zwischen den afrikani-

schenrechtsverletzungen in der Sowjetunion vergessen werden, keineswegs zum besten bestellt ist. Dort, wo das Kapital herrscht, schafft die Bourgeoisie selbst ihr genehme Gesetze und zwingt sie dem Volk auf — ob das den Massen gefällt oder nicht. Die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft sollen nicht die Menschenrechte schützen, sondern die Rechte der Monopole und die Privilegien der herrschenden Kapitalistenklasse. Alles in dieser Gesellschaft wird in den Dienst der Monopole gestellt.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Äußerungen von Präsident Carter „zum Schutz der Menschenrechte in der UdSSR" nichts anderes sind als ein Rummel, der von den tatsächlichen Verletzungen der Menschenrechte in den USA selbst, vor allem der Rechte der Afroamerikaner, ablenken soll. Himmelschreiend ist die Verletzung elementarer Menschenrechte in der RSA und in Chile sowie der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina. Und wenn Präsident Carter sich die Menschenrechte in der UdSSR „angelegen" sein läßt, sollte man wohl fragen, warum er nicht für die Rechte eintritt, die von den rassistischen und faschistischen Regimes mit Füßen getreten werden — im Gegenteil unterstützen die USA die meisten Regimes dieses Schlages.

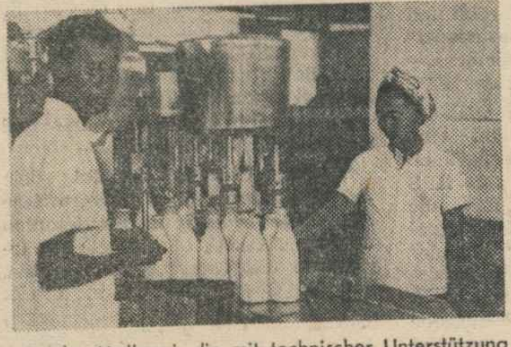
Das Sowjetvolk hingegen hat allen Grund, darauf stolz zu sein, daß es wirklich alle Rechte genießt, die im neuen Verfassungsentwurf nicht nur bewahrt, sondern auch umfassender formuliert sind. Das betrifft insbesondere die politischen Rechte und Freiheiten: Rede-, Presse-, Kundgebungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit von Straßenumzügen und Demonstrationen. Diese Rechte wurden konkretisiert, und die entsprechenden rechtlichen Garantien sind jetzt größer. Die Völker der Welt, die sich mit den diesbezüglichen sowjetischen Erfahrungen bekannt machen, können die Errungenschaften der sowjetischen Gesellschaft nur begrüßen, die einen großen Einfluß auf den internationalen Kampf für Freiheit und Fortschritt ausüben.

Ein spezielles Kapitel des Verfassungsentwurfes ist der sowjetischen Außenpolitik gewidmet. Welche Bedeutung hat das Ihrer Meinung nach?

Diesem Kapitel gilt die besondere Aufmerksamkeit des Auslandes — vor allem weil dort legislativ der friedliebende Charakter der sowjetischen Außenpolitik verankert ist. Der Friedenskurs der Sowjetunion wird insbesondere durch das Verbot der Kriegspropaganda unterstrichen. Auf mich, den Bürger eines arabischen Landes, hat ein Artikel einen großen Eindruck gemacht der lautet: „Die Außenpolitik der UdSSR bezweckt ... die Festigung der Positionen des Weltsozialismus, die Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt." Die Bedeutung dieses Artikels liegt darin, daß er eine wichtige Richtung der sowjetischen Außenpolitik verankert. So können alle, die gegen den Imperialismus, für die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder und für soziale Umgestaltungen kämpfen, der Unterstützung der Sowjetunion gewiß sein. Das wird auch den Kampf der arabischen Völker, insbesondere des arabischen Volkes von Palästina für seine legitimen nationalen Rechte, einschließlich des Rechtes auf die Bildung eines eigenen Staates, stark unterstützen.

Das außenpolitische Kapitel des Verfassungsentwurfes ist ein bedeutender Faktor auch für das libanesische Volk, das gegen die Umtriebe des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion kämpft, unser Land zu spalten sowie den progressiven Kräften Libanons und der palästinensischen Widerstandsbewegung Schläge beizubringen.

Abschließend möchte ich sagen, daß alle progressiven Kräfte Libanons die sowjetischen Menschen anläßlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution herzlich grüßen und ihnen zu den großen Errungenschaften des Sozialismus gratulieren, zu denen auch der Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR gehört. Dieses Dokument gibt neue Impulse für den Kampf der Werktätigen in allen Ländern, u. a. auch der arabischen Völker.



In der Molkerei, die mit technischer Unterstützung der Sowjetunion in Mogadischu entstanden ist.

Fotochronik TASS

schen Ländern und der Sowjetunion bei. Er zeugt vom Streben, die Ideale des Friedens und der Freiheit zu verteidigen sowie eine Atmosphäre wahrer Freundschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit in der Welt zu schaffen. Der Vertrag ist weder gegen ein Drittland noch gegen die Interessen von irgend jemand gerichtet.

Durch den Abschluß dieses Vertrages haben unsere Länder einen großen Beitrag zur Festigung der internationalen Positionen Somalias geleistet. Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit hat ein weiteres Mal die ständige Unterstützung des gerechten Kampfes der afrikanischen Völker für die endgültige und vollständige Befreiung Afrikas von ausländischer Herrschaft, für den sozialen Fortschritt durch die Sowjetunion bekräftigt.

Die Verleumdungskampagne, die imperialistische Kreise in letzter Zeit gegen die sowjetisch-somalische Zusammenarbeit entfesselt haben, entbehrt jeder Grundlage und verfolgt nur das Ziel, Spannungen zu provozieren. Doch diese Kampagne hat keine Erfolgsaussichten.

Die letzten Jahre haben die ganze Bedeutung des Vertrages für die allseitige, langfristige Zusammenarbeit beider Länder auf einer festen rechtlichen Grundlage gezeigt. Wie der Generalsekretär des ZK der Revolutionär-Sozialistischen Partei, Präsident Muhammad Siad Barre, erklärte, ist das somalische Volk der Sowjetunion für ihre uneigennützige, an keinerlei Bedingungen geknüpfte Hilfe dankbar.

J. ZAPLIN

DER WAHRE ZWECK

Zum Auslandsecho auf den Artikel über das Buch von Santiago Carrillo

In Heft 26/77 hatten wir uns mit dem Buch Santiago Carrillos „Eurokommunismus und Staat" beschäftigt. Unser Artikel hat in der Auslandspresse lebhaftes Echo ausgelöst.

Uns erstaunt das nicht, denn die darin angeschnittenen Probleme sind wirklich nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die breitesten Schichten der demokratischen Öffentlichkeit recht bedeutsam. Wenn man jedoch die dazu gemachten Äußerungen liest, fallen verschiedene Dinge ins Auge, die beweisen, daß mancher den Artikel willkürlich interpretieren und dessen Inhalt entstellen will.

Erstens versuchen viele bürgerliche Presseorgane (so *Times, Matin, New York Times, Avanti* und andere) den Eindruck zu erwecken, als starte die Sowjetunion eine „Offensive gegen die westeuropäischen kommunistischen Parteien. Manche Autoren stellen dabei die Sache so hin, als würden in dem Artikel Strategie und Taktik der KP Spaniens und gleichzeitig auch anderer Bruderparteien kritisiert, als ginge es darum, daß irgend jemand aus der kommunistischen Bewegung „exkommuniziert" werden solle.

In diesem Zusammenhang ist auch die vom ZK der KP Spaniens veröffentlichte Erklärung interessant, in der der *Nowoje wremja*-Artikel gleichfalls als Kritik an Strategie und Taktik der KPS dargestellt wird.

Jeder unvoreingenommene Leser des *Nowoje wremja*-Artikels muß jedoch zugeben, daß diese und ähnliche Behauptungen in keiner Weise der Wirklichkeit entsprechen.

Die KPdSU, getreu den Prinzipien und der Politik ihrer Parteitage XX.—XXV., organisiert keinerlei Kampagnen gegen irgendeine Bruderpartei, „exkommuniziert" niemanden aus der kommunistischen Bewegung und kann sich dieses Ziel auch nicht setzen, weil es ihren Prinzipien zuwiderläuft. Die KPdSU führt auf dem Weltschauplatz nur eine Offensive, die Offensive gegen die Kräfte der Reaktion und der Aggression, gegen den Imperialismus.

Im *Nowoje wremja*-Artikel findet sich kein Wort, das gegen die Tätigkeit irgendeiner Partei, darunter auch der KPS, gerichtet wäre.

In dem erwähnten Artikel wird gerade hervorgehoben, daß Strategie und Taktik der Bruderparteien in den inneren Kompetenzbereich der Bruderparteien fallen, die sie auch selbständig bestimmen. So heißt es dort z. B.: „Seit Lenins Lebzeiten betont die KPdSU stets, wie wichtig es ist, die spezifischen Verhältnisse, in denen die Kommunisten wirken, bei der Ausarbeitung der Strategie des revolutionären Kampfes zu berücksichtigen. Logischerweise sind die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Industrieländer, wie übrigens auch die anderen, bestrebt, der nationalen und historischen Entwicklung ihrer Länder Rechnung zu tragen."

Der Artikel enthält also kein Wort gegen die Tätigkeit irgendeiner Partei, darunter auch der KPS, gegen deren Strategie. Dort werden die außenpolitischen Konzeptionen und Standpunkte aus dem Buch Carrillos betrachtet, die unmittelbar die Lage in der Welt, in der kommunistischen Weltbewegung angehen, die direkte Ausfälle gegen die Sowjetunion und die KPdSU enthalten, die wiederum — wir betonen das besonders — in offiziellen Dokumenten der KPS nicht enthalten sind.

Wer da in diesem Artikel eine Offensive gegen die Bruderparteien und insbesondere gegen die KPS „entdeckt" haben will, führt die Kommunisten und die demokratische Öffentlichkeit seiner Länder bewußt in die Irre. Übrigens erschienen die Zeitungsartikel, bevor noch die entsprechende Ausgabe unserer Zeitschrift in Spanien, Frankreich, Italien und anderen Ländern eintraf, beruhen also auf unvollständigen Informationen.

Zweitens enthalten einige Kommentare die durchsichtige Anspielung, da der Artikel über das Buch Carrillos zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wurde, zu dem die KPS ihren nicht leichten Kampf in ihrem Lande fortsetzt, habe die Zeitschrift damit angeblich gegen die Positionen der proletarischen Solidarität verstoßen. Man muß deutlich sagen, daß derartige Anspielungen nicht für begründet gelten können.

Die KPdSU hat stets Solidarität mit der KPS und ihrem heldenhaften jahrelangen Kampf gegen den Faschismus gezeigt. Sie betreibt auch jetzt fest den Kurs zur Unterstützung des Kampfes der Kommunisten, aller Werktätigen Spaniens für Demokratie, sozialen Fortschritt und Frieden. Der Artikel in unserer Zeitschrift unterstreicht unter anderem erneut diese Tatsache. Dort wird in aller Deutlichkeit dem Kampf der spanischen Kommunisten für Demokratie in ihrem Lande Unterstützung ausgesprochen. Der Artikel verkündet erneut und recht eindeutig die Gedanken der Freundschaft und Zusammenarbeit unserer beiden Länder.

Die KPdSU hat in allen ihren Aktionen die Bedingungen des Kampfes der KPS stets sehr genau berücksichtigt und tut das auch heute. Viele Jahre hindurch hat niemand in der Sowjetunion, obwohl Carrillo seine antisowjetischen Schreibübungen veranstaltete, ihn einer öffentlichen Kritik unterzogen. Die sowjetischen Menschen berücksichtigten, daß in Spanien noch das Franco-Regime existiert, daß in Spanien noch ein harter Kampf für die Beseitigung der Überreste des Faschismus geführt wird. Und erst jetzt, da die Kommunistische Partei legalisiert ist und offen agieren kann, da im Lande Parlamentswahlen stattgefunden haben und da Carrillo ein von noch feindlicherem Geiste getragenes Buch veröffentlichte, erst jetzt hat *Nowoje wremja* die Auslassungen Carrillos kritisiert.

Jedoch gibt es noch eine und ziemlich wichtige Frage.

Santiago Carrillo betreibt viele Jahre hindurch eine grobe, offene Kampagne gegen die Sowjetunion und die KPdSU, ohne auch nur irgendwie die Tatsache zu beachten, daß die Sowjetunion in all diesen Jahren einen harten Kampf gegen den Imperialismus, für den Schutz des Weltfriedens, zur Unterstützung aller führt, die seitens der Reaktion Angriffen ausgesetzt sind, darunter auch die spanischen Kommunisten. Praktisch gibt es bereits drei—vier Jahre keine Äußerung Carrillos mehr, in der er nicht die Sowjetunion, die KPdSU, die sowjetischen Kommunisten und die sowjetischen

Menschen überhaupt aller möglichen nichtexistierenden Sünden bezichtigen würde. In letzter Zeit (*Spiegel*-Interview) geht das so weit, daß er zum Kampf gegen die in unserem Lande bestehende Ordnung aufruft.

Das alles wollen die Verfasser der Kommentare zum *Nowoje wremja*-Artikel nicht sehen. Sie betrachten die groben Ausfälle Carrillos nicht als Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten.

Man fragt sich, warum denn Carrillo jahrelang die KPdSU und die Sowjetunion angreifen darf, aber die sowjetischen Kommunisten, die sowjetischen Presseorgane nichts zu ihrer Verteidigung sagen dürfen? Die antisowjetischen Auslassungen Carrillos wurden von ausländischen Rundfunkstationen dutzende Male in die Sowjetunion ausgestrahlt. Die sowjetischen Menschen können selbstverständlich über solche Auslassungen nicht einfach hinweggehen.

Ferner wird deutlich erkennbar, wie sich die bürgerliche Propaganda Arm in Arm zum Schutz Carrillos und seines Buches erhob. Die größten bürgerlichen Zeitungen knausern nicht mit Lobpreisungen Carrillos, wobei sie seine außenpolitischen Konzeptionen besonders herausstreichen. Dazu ist die Bemerkung des bekannten amerikanischen Kommentators Cyrus Sulzberger in der *New York Times* vom 22. Juni kennzeichnend: „Zu den US-Stützpunkten in Spanien aber auch zum Gemeinsamen Markt nimmt Carrillo eine wohlwollendere und konservativere Haltung ein als die meisten spanischen Parteichefs."

Die Linie der KPdSU in der kommunistischen Bewegung hat der 25. Parteitag eindeutig festgelegt. Es ist die Linie auf die Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien, auf die Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, gegen alle Arten von Antikommunismus auf den bewährten Prinzipien der Lehre von Marx und Lenin, auf den Prinzipien der internationalistischen proletarischen Solidarität. Und von dieser Linie wird unsere Partei niemals abgehen. ■

DER WAHNSINN DES RASSISMUS

Immer länger wird die Liste der Verbrechen der Rassisten-Regimes im Süden Afrikas. Es hat den Anschein, Smith und Vorster hielten gewissermaßen einen Verbrechenswettbewerb ab.

Nach Angaben des Außenministers von Moçambique Chissano hat Smith fast 300 Einwohner Moçambiques auf dem Gewissen, die bei rassistischen Überfällen auf dieses Land umkamen sowie Hunderte rhodesische Patrioten. Laut Auslandspresse hat Vorster seit Juni v. J. mehr als tausend Afrikaner, die gegen die Apartheid demonstrierten, niedermetzeln lassen. Die RSA hält den Weltrekord an Todesurteilen. Obendrein machen Vorster und Smith mit ihrer Brutalität noch Reklame. Sie rechnen darauf, wenn sie die internationale Öffentlichkeit, die sich empört von Apartheid und Rassismus abwendet, herausfordern, könnten sie sich selbst und der ganzen Welt ihre eigene Straffreiheit und die Erbarmungslosigkeit ihres Repressionsapparats vorführen und damit die Kämpfer gegen den Rassismus demoralisieren.

Smith und Vorster würden es kaum wagen, ihre Frechheit, ihre Mißachtung der Weltöffentlichkeit so weit zu treiben, wenn sie nicht die Unterstützung der imperialistischen Kreise im Westen verspürten. Die Tatsachen beweisen, daß diese Unterstützung keine unwichtige Rolle für die aggressiven Bestrebungen des rhodesischen Militärklüngels und für die Verhärtung der rassistischen Ordnung in der RSA spielt.

Die Begegnungen westlicher Politiker mit Männern des Rassisten-Regimes, die Entwicklung immer neuer „Pläne" und „Formeln" zur Regelung, zielen darauf ab, erstens Prestige und Stärke der Rassisten-Regimes künstlich aufzubauschen und ihnen zweitens einen Zeitgewinn zur Festigung ihrer militärischen Macht zu geben, den afrikanischen Patrioten aber anscheinende Fortschritte vorzuspiegeln.

Die afrikanischen Patrioten aber wissen, was dahintersteckt. Das haben die Ergebnisse der Tagung des UNO-Sicherheitsrats deutlich gezeigt, der sich dieser Tage mit Aggressionsakten des Smith-Regimes gegen Moçambique und andere afrikanische Staaten beschäftigte. Aber auch der Verlauf der jüngsten Tagung der Staats- und Regierungschefs der OAU in Libreville. Der Vorsitzende der Provisorischen Militärregierung Äthiopiens Haile Mariam verurteilte auf der Tagung entschieden die imperialistischen Mächte wegen ihrer allseitigen Unterstützung für die Regimes in Rhodesien und der RSA. Im Sicherheitsrat und auf der OAU-Tagung brandmarkten die meisten Delegierten nicht nur die Rassisten-Regimes, sondern auch deren imperialistische Hintermänner und entlarvten die Politik, die auf die Erhaltung des rassistischen Wahnsinns im Süden Afrikas abzielt.

V. SIDENKO

Goldader

Der amerikanische Professor Richard Pipes, bekannter Experte für die „sowjetische militärische Bedrohung" hat sich wieder Mal zu seinem geliebten Thema geäußert. Sein letztes hochgejubeltes Opus war ein „Geheimbericht", dessen Inhalt die amerikanische Presse genüßlich durchkaute. Dort war die „sowjetische Gefahr" so schauderhaft ausgemalt worden, daß selbst CIA-Mitarbeiter den Hut vor Pipes zogen. Diesmal ging der Professor noch weiter. In einem Artikel in *„Commentary"* erklärte er, die Sowjetunion setze auf einen nuklearen Präventivschlag.

Ja, um Himmels willen, warum bieten dann die USA nicht an, einen Vertrag darüber zu schließen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, oder warum unterstützen sie die dahingehende Initiative der UdSSR und ihrer Verbündeten nicht?

Dabei hätte es Pipes gar nicht weit gehabt, um jene ausfindig zu machen, die die Konzeption des Präventivschlags predigen. Daran erinnert dieser Tage die US-Presse, die meint, verschiedene neueste Verteidigungsprogramme hätten das Ziel, die Pentagon-Konzeption vom Präventivschlag materiell abzusichern.

Aber so genau nimmt Prof. Pipes das nicht mit der Wahrheit. Die „sowjetische Gefahr" ist für ihn eine Goldader. Die beutet er aus. Auf Anweisung des Pentagon.

V. JANOWSKI



Die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, Valentina Nikolajewa-Tereschkowa, eröffnet das internationale Frauentreffen.

FRAU UND SOZIALISMUS

„Kein Staat und keine demokratische Gesetzgebung hat für die Frau auch nur die Hälfte von dem getan, was die Sowjetmacht gleich in den ersten Monaten ihres Bestehens tat", sagte der Begründer des Sowjetstaats Lenin.

Seitdem sind 60 Jahre vergangen, ein historisch kurzer Zeitraum. Doch wie grundlegend hat sich in dieser Zeit die Welt und die Lage der Frau heute gewandelt. Diesen Veränderungen liegen die Errungenschaften des Großen Oktober zugrunde. Die Frauen der sozialistischen Welt, die aktiv eine neue Gesellschaft errichten, genießen alle Rechte und Privilegien. Die Errungenschaften des Sozialismus sind für viele beispielgebend.

„Der Kampf der progressiven Kräfte der Welt für eine wirkliche Gleichberechtigung ist in letzter Zeit durch merkliche Erfolge in vielen Ländern gekennzeichnet. Die Frauen beteiligen sich in hohem Maße am Kampf für Frieden und nationale Befreiung und tragen zur internationalen Solidarität mit allen, die unter der imperialistischen Diktatur und Aggression zu leiden haben, bei", heißt es in der Grußbotschaft Leonid Breshnews an die Teilnehmer des internationalen Treffens „Die Frau und der Sozialismus", das vom 28. Juni bis 1. Juli auf Initiative des Komitees der Sowjetfrauen anläßlich des 60. Jahrestags des Großen Oktober stattfand. Frauen aus 50 Ländern, die zwischenstaatliche und regionale Organisationen, Frauenverbände und gesellschaftliche Bewegungen vertraten, nahmen daran teil.

In dem Hauptreferat, das die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR Valentina Nikolajewa-Tereschkowa hielt, wurden die Veränderungen, die der Große Oktober für das Leben der Frauen gebracht hat, tiefschürfend und allseitig analysiert.

In der UdSSR wurden alle Voraussetzungen geschaffen, damit die Frauen berufliche Tätigkeit, gesellschaftliches und politisches Wirken mit ihrer Rolle als Mutter verbinden können. Die Sorge für Mutter und Kind ist zu einem Bestandteil der Staatspolitik geworden. Die Bemühungen von Staat und Partei waren erfolgreich. Die sowjetischen Frauen zeichnen sich durch hohe geistige Bestrebungen aus, sie sind sich bewußt, daß sie an allen Angelegenheiten ihres Landes Anteil haben. Und die Persönlichkeit reift durch eine aktive Lebensposition und indem sie sich der Gesellschaft verantwortlich und verpflichtet weiß.

In der UdSSR wurde nicht nur die Vollbeschäftigung aller arbeitsfähigen Frauen gewährleistet (93% der Frauen arbeiten oder studieren), sondern auch ihre politische Mitwirkung, die Teilnahme an der Leitung des Staates. Es sei nur gesagt, daß ein Drittel aller Deputierten des Obersten Sowjets und 49 Prozent der Deputierten der örtlichen Sowjets Frauen sind.

Natürlich bedeutet die Gleichberechtigung von Mann und Frau keineswegs eine Gleichmacherei, sondern gleiche soziale Möglichkeiten in der Produktion, im Alltag, in der Familie und im gesellschaftlichen Leben. Als Hausfrau und Mutter braucht die Frau auch eine spezifische „Bevorteilung". In der UdSSR sind ihr eine Reihe von Vorrechten eingeräumt: bezahlter Schwangerschafts- und Wochenurlaub, bezahlte Stillzeiten, ein besonderer Arbeitsschutz in der Schwangerschaft, die Freistellung im ersten Lebensjahr des Kindes, wobei der Arbeitsplatz in dieser Zeit garantiert wird, Frauenarbeit in Produktionszweigen, die für die Nachkommenschaft gesundheitsschädlich sind, wird begrenzt oder vollständig verboten.

In einem besonderen Artikel des Entwurfes der neuen sowjetischen Verfassung heißt es: „Die Familie steht unter dem Schutz des Staates... Der Staat unterstützt die Familie durch Auf- und Ausbau des umfassenden Netzes von Kinderbetreuungsstätten, durch Schaffung und Vervollkommnung der Dienstleistungen und des Gaststättenwesens..."

An der Diskussion des Referats und von Fragen der Familie, der sozialen und wirtschaftlichen Gleichheit u. a. beteiligten sich Frauen aus vielen Ländern. Mit einigen ihrer Äußerungen möchten wir die *NZ*-Leser bekannt machen.



HA THI QUE
Mitglied des ZK der KPV, Vorsitzende des Frauenverbandes Vietnams

Vor der Revolution waren die Frauen Vietnams zweifacher Unterdrückung unterworfen: durch den Kolonialismus und den Feudalismus. Sie waren rechtlose Sklavinnen der Männer. Die Frau mußte sich anfangs dem Vater, dann dem Ehemann und, wenn dieser gestorben war, dem Sohn unterordnen.

Nach der Gründung der DRV wurden in der Verfassung gleiche Rechte für die Frauen in allen Lebensbereichen verankert. Zum erstenmal seit vielen Jahrhunderten erhielten die Vietnamesinnen das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Arbeit und auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die vietnamesischen Frauen bestimmen selbst in der Gesellschaft. Vietnam errichtet den Sozialismus, doch wir stehen noch vor vielen Schwierigkeiten. Der Aggressionskrieg hat Vietnam verheert. Wir bauen unser Land wieder auf und helfen dem wiedervereinigten Süden, Rückständigkeit, Armut und Analphabetentum zu überwinden. Besonders schwierig ist die Situation von

Frauen und Kindern. Deshalb ist die Sorge für sie eine vorrangige Aufgabe des Staates wie unseres Verbandes.

Die vietnamesischen Frauen haben auf allen Etappen bei den Sowjetfrauen Mut, Selbstlosigkeit und Kampferfahrungen gelernt. Wir erziehen an diesen Vorbildern unsere Kinder, damit sie freie Menschen in einer neuen sozialistischen Gesellschaft werden.



SOBA KEYRA
stellvertretender Generalsekretär des Revolutionsrats der guineischen Frauen, Parlamentsabgeordnete der Republik Guinea

Der Sturm, den die Oktoberrevolution verursacht hat, brachte die Freiheit. Sie hat uns geholfen, die längst überholten ungerechten Institute zu beseitigen und die Ausbeutung zu liquidieren.

Seit 1958 gelang es uns, nach sowjetischem Vorbild nicht nur die guineischen Frauen zu alphabetisieren, sondern auch ihnen eine Berufsausbildung zu vermitteln und sie in eine gesellschaftliche nützliche Tätigkeit mit einzubeziehen. Früher galten Frauen nicht als Menschen. Das neue Ehegesetz, das die Vielweiberei verbietet, sowie die Gesetze, die den Frauen erlauben, ihren Mädchennamen beizubehalten — all das hilft der guineischen Frau. Die guineischen Frauen sind mit ihren kämpfenden Schwestern in Namibia, Simbabwe, Südafrika und mit dem arabischen Volk von Palästina solidarisch. Sie verurteilen die verbrecherischen Versuche der Imperialisten, die Unabhängigkeitsbewegungen in den revolutionären Staaten Afrikas zurückzuwerfen.



HELVI SIPILA
Assistentin des UNO-Generalsekretärs für soziale Entwicklung und humanitäre Fragen

Wir kommen hier als Vertreter von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen zusammen, die sich verpflichtet haben, gemeinsam den Weltaktionsplan der UNO-Weltkonferenz anläßlich des Internationalen Jahres der Frau, der von der UNO-Vollversammlung gebilligt wurde, zu erfüllen.

Um diese Resolutionen zu verwirklichen, vereinbarten unsere Länder, ihre eigenen kurz-, mittel- und langfristigen Pläne und Programme auszuarbeiten und mit den nationalen Gesamtplänen zu koordinieren.

Natürlich sind die vom Plan vorgesehenen Maßnahmen, vor allem die wirtschaftlichen — Finanzhilfe, Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Intensivierung des Ackerbaus, eine weitere Industrialisierung und bessere Bedingungen für den Handel — von allergrößter Bedeutung. Doch sie bieten noch keine ausreichende Gewähr dafür, daß sich die Lebensbedingungen genügend verbessern.

Jedes Land braucht deshalb ein umfassendes, vielseitiges Programm in Bereichen wie dem Gesundheitswesen, angefangen beim Schutz von Mutter und Kind, Ernährung, Bildung und Berufsausbildung, die Möglichkeit für jeden, produktiv zu arbeiten und dafür bezahlt zu werden, die Schaffung normaler Wohnbedingungen für alle, ferner Dienstleistungen und soziale Sicherheit. Wenn das fehlt, leiden die Menschen. Für die Frauen ist das besonders schwer, weil sie ihre spezifischen Probleme haben, die sich aus den biologischen Faktoren und Funktionen ergeben, sowie wegen des negativen Einflusses, den die unterprivilegierte Stellung der Frau auf die Kinder und Jugendlichen hat.

Die Sowjetunion hat bewiesen, daß dieses Programm realisierbar ist.

Jetzt bereitet die Sowjetunion ihre neue Verfassung vor, die zum Jahrestag der Oktoberrevolution angenommen wird. Dieses Dokument zeugt davon, daß die meisten Ziele des Weltaktionsplans in der UdSSR bereits verwirklicht sind.



ROBERTA WOOD
Vertreterin der amerikanischen Frauenbewegung für wirtschaftliche und Rassengleichberechtigung

Die progressiven Frauen der USA verstehen die Bedeutung des Kampfes gegen die imperialistische Politik ihrer Regierung. Deshalb begrüßen wir den Sieg des sozialistischen Vietnam, das von unseren Landsleuten verwüstet und zerstört wurde. Wir bekunden unsere Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Jetzt halten wir es für besonders wichtig, daß die amerikanischen Frauen gegen die neuen aggressiven Pläne der Imperialisten in Afrika protestieren. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung, für ein breites Kinderbetreuungsprogramm, für die Vollbeschäftigung der Frauen, besonders der Vertreterinnen der nationalen Minderheiten. Wir kämpfen gegen den riesigen Rüstungshaushalt von Präsident Carter.



FANNY EDELMAN
Generalsekretär der Internationalen Demokratischen Frauenföderation

Die Völker der Sowjetunion tragen eine sehr hohe Verantwortung vor der ganzen Menschheit. Wissen wir doch alle, wie sehr das Beispiel der sowjetischen Frauen all jene beeinflußt hat, die noch in Armut leben, unter der Arbeitslosigkeit, der Krise, der Inflation und unter den sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen leiden.

Hauptaufgabe der IDFF ist, die politischen, ökonomischen und anderen Rechte der Frauen in allen Ländern ungeachtet ihrer Rasse und nationalen Zugehörigkeit zu verteidigen. Wir halten das für die wichtigste Aufgabe auch aller progressiven Bewegungen, weil es dort, wo die Frauen nicht die gleichen Rechte haben, keine wahre Demokratie geben kann.

Unsere Organisation vereint 123 nationale Verbände; sie ist eine große demokratische Kraft. Am Vorabend des 60. Jahrestages des Großen Oktober möchte ich im Namen unserer Föderation die neue sowjetische Verfassung begrüßen, deren Postulate die tiefen Veränderungen in der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Mit dem großen französischen Humanisten Romain Rolland können wir sagen, daß die Sowjetunion nicht nur Fabriken und Werke gebaut habe. Sie habe eine neue Menschengemeinschaft hervorgebracht, eine ganze Generation gesunder und starker Menschen, die begeistert die neue Welt aufbauen.

* * *

Die Lage der Frauen ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Sie hängt von den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in dem betreffenden Land, von Traditionen und Bräuchen, von der Vergangenheit und der Spezifik der Gegenwart ab. Doch alle Frauen, die in Moskau zusammenkamen — welche Sprache sie auch sprechen, welcher Hautfarbe sie auch sein mögen —, vereint das eine: Sie alle sind sich ihrer hohen Verantwortung für die Menschheit bewußt.

J. KNORRE

DER REITER, DER DER SONNE ENTGEGENFLIEGT

ALEXEJ KRIWEL

Jedes Jahr im Juli zum Jahrestag der Volksrevolution feiert man in der Mongolei das große Nadom-Fest. Höhepunkt sind die Reiter-Wettkämpfe. Ich habe sie mehrmals miterlebt nicht weit vom Flughafen der Hauptstadt Bujant-Uha. Hier ist der Endspurt. Ein faszinierendes Schauspiel. Hinter den Bergkuppen taucht ein Reiter nach dem anderen auf und rast in wildem Tempo ins Ziel. Eine vieltausendköpfige, erregte und tosende Menge erwartet sie hier.

Wie sollte man da nicht mitgerissen werden! Im vergangenen Sommer trafen hier fast gleichzeitig 333 Reiter ein. Insgesamt aber nehmen gewöhnlich etwa 2500 Personen aus sechs Altersgruppen teil. Erster wurde damals der Traber des Viehzüchters L. Tschojdog. Jockey war der 9jährige Badrach: Nach alter Tradition beteiligen sich an den Rennen auch Kinder — Jungen und Mädchen im Alter von 7 bis 9 Jahren.

J. Zedenbal, Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volks-Churals, überreicht den fünf Siegern Preise und Prämien. Die Sieger werden entsprechend den alten Bräuchen geehrt. Man singt Loblieder auf Pferd und Reiter. Denn um 30 Kilometer mit hoher Geschwindigkeit zu reiten und dabei noch die verwegenen Rivalen zu überholen, bedarf es wirklich außerordentlicher Geschicklichkeit und Tapferkeit.

Es kommen auch tolle Sachen vor. Ich erinnere mich an einen Zwischenfall. Wie immer schossen die Reiter hinter den Bergkuppen hervor. Die Zuschauer schrien aufgeregt. Als das Knäuel der Pferde mit den Zuschauern auf gleicher Höhe lag, hatte jemand, völlig im Bann der Wettkämpfe, nicht auf seinen Sohn geachtet. Der fünfjährige Junge war plötzlich zu der Meute gestürzt und augenblicklich in der Staubwolke verschwunden. Ihm nach mein Nachbar, der ebenso verschwand.

Die Menge erstarrte vor Schreck. Die Minuten wurden zur Ewigkeit. Das brodelnde Knäuel raste vorüber, und auf stand ein lächelnder Mann, auf den Armen den nicht einmal erschreckten Jungen: Die Pferde hatten blitzschnell reagiert, wie auf Kommando übersprangen sie die unter ihren Hufen liegenden Menschen oder machten einen Bogen um sie.

„Nach dem alten mongolischen Kalender", erklärte mir der Dichter Sch. Zogt (er war dem Jungen nachgestürzt), „hat jedes Jahr seinen Beschützer: Tiger, Affe, Maus, Hase... Sie symbolisieren Kraft, Weisheit, Fruchtbarkeit... Das Pferd versinnbildlicht Klugheit.

So ist es doch, nicht wahr?" lächelte der Dichter. „Denn niemals wird das Pferd den Menschen im Stich lassen, ihm niemals Böses antun. Es versteht alles."

EINE SCHALE KUMYS

Der Viehzüchter Shamzyn Dorsh lud uns zu einer Schale schneeweißen Airaks ein. So empfängt man in diesem Land Gäste. Der Kumys sprudelte, zischte wie Champagner. Der Hausherr reichte uns die vollen Schalen mit der rechten Hand und unterstützte sie mit der linken Hand unter dem Ellbogen als Zeichen höchster Achtung. Wir nahmen die Schalen mit beiden Händen, um mit dieser Geste unsere tiefe Dankbarkeit zu bekunden.

„Mein Vater Shamz", erzählte Dorsh, „war ein großer Meister im Kumys-Zubereiten. Er hinterließ mir seine Rezepte. Sehen Sie den Fellsack", der gastfreundliche Hausherr zeigte in die Ecke der Jurte, „er ist mit Stutenmilch gefüllt, die gerade anfängt zu gären. Jetzt muß die Milch ständig gerührt und geschüttelt werden. Dann erst hat der Kumys, wie man jetzt sagt, Kondition.

Der Hirt zählt die Herstellungsverfahren des Getränks auf. Als bestes betrachtet er das seines Bulgan-Aimaks. Ja, ihr Kumys schmeckt wirklich ausgezeichnet.

„Guten Kumys gibt es nicht nur in Bulgan", sagt mir danach der Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Viehzucht und Veterinärmedizin in Ulan-Bator, D. Zodol, „sondern auch in den Aimaks von Ara Khangai, Ubur Khangai, Mittelgobi und im Zentralen Aimak. Der Vorrang aber gebührt zu Recht Bulgan. Der dort hergestellte Airak ist der an Nährstoffen reichhaltigste und schmackhafteste".



Jeder Mongole ist ein geborener Reiter
Foto Sch. Sajchan-Bajar

Zodol ist ein Fachmann auf diesem Gebiet. Viele Jahre studierte er Heilkraft und Herstellungsverfahren der nationalen Milcherzeugnisse.

„Airak", sagt Zodol, „ist ein Heil- und Diätmittel. Er ist sehr vitaminhaltig, enthält viel Phosphor, Kalzium, was der menschliche Organismus dringend braucht. Kumys ist ein Mittel gegen Überanstrengungen, Skorbut, tötet Menschen die schädlichen Darmbakterien ab und bringt wirksamere Heilung bei Tuberkulose.

Jahrhundertelang wurde der Airak in der Mongolei nach überlieferten Verfahren zubereitet — wie es Dorsh macht. Doch in den letzten Jahren verbreiteten sich

auch andere Methoden. In den Genossenschaften und Staatsgütern werden kleine Betriebe und Hallen gebaut. Ich war in der Molkerei von Ich Tamir. In der Saison werden hier 200—300 Liter dieses Lebenselixier produziert. Bei Ulan-Bator in Bajan Candman ist ebenfalls ein Betrieb eröffnet worden.

Die besten Meister bereiten hier den Airak zu. Zuerst muß der Sauermilchpilz angesetzt werden. Einige Tage gärt er, danach wird frischgemolkene Milch hinzugegossen. Und dann erst beginnt der verantwortungsvollste Teil des Prozesses — das Schütteln, worüber uns schon Dorsh erzählt hatte. 3000 Schüttelstöße braucht die Stutenmilch, um Kumys zu werden. Die Viehzüchter auf den Standplätzen machen das manuell, die Fabriken maschinell.

Die schwierigste Arbeit — das Melken der Stuten — wird auch mechanisiert. Sowjetkasachstan beliefert die Mongolei mit Karussell-Aggregaten für mechanisches Melken. Die Araten sind damit sehr zufrieden.

Der fertige Airak kommt in die Kumysheilstätten in Ulan-Bator und einige Aimaks. 10—14 Mio l Airak werden jährlich in der Mongolei produziert. Nach Ansicht mongolischer Fachleute könnten es sogar weitaus mehr sein. Die Produktion hängt vom Grasbestand, Wetter und der Erhöhung der Milcherträge ab.

Dieses Getränk wirkt einfach Wunder. Zodol zeigte mir einen Auszug aus „Einer Familienchronik" von S. Aksakow: „Schon haben wir den belebenden Kumys vergärt in den Stutensäcken, und jeder, der trinken kann, vom Säugling bis zum Greis, berauscht sich an diesem heilenden, wohltuenden Reckentrank, und wundersam schwinden alle Leiden des kargen Winters und sogar des Alters: voll werden die ausgemergelten Gesichter, gesunde Röte überzieht die blassen, eingefallenen Wangen."

FEURIGER GALSCHAR

Viele Legenden, Sprichwörter und Loblieder widmeten die Steppenbewohner ihrem vierbeinigen Freund — dem Pferd. Ein mongolisches Sprichwort lautet: „Die Schönheit des Menschen liegt in der Wahrheit, die Schönheit des Pferdes im Lauf." Für jeden Meister ist eine Sattelbestellung die höchste Ehre. Er legt all sein fachliches Können und sein Talent in diese Arbeit. Geschirr, Zaumzeug, Bügel und Sattel selbst werden



Die Bewirtung mit Airak ist in der mongolischen Jurte ein ganzes Ritual

mit goldenen und silbernen Rosetten, mit Prägung, Verzierung und Stickereien geschmückt.

Der Mongole ist seit alters her mit dem Pferd verbunden. Der Hirt hütet Vieh und Pferd im Sattel. Der Jäger reitet zur Jagd. Zum Nachbarn kommt man meist nur zu Pferd, weil die Standplätze weit voneinander entfernt liegen. Auch die Kinder reiten zur Schule.

Fragen Sie einen Kraftfahrer der älteren Generation, als was er früher arbeitete, so werden zwei Drittel dieses soziologischen Tests antworten: als „aduutschin" (Hirte). Überhaupt fanden die meisten Mongolen über den Rücken der Pferde zu ihren neuen Berufen.

Die Mongolei hat über 2 Millionen Pferde. Und das bei anderthalb Millionen Einwohnern. Zum Vergleich möchte ich erwähnen: In ganz Europa (ohne UdSSR) gibt es weniger als 8 Millionen Pferde. In der Mongolei sind auch neue Rassen entstanden. Im Aimak Chentej wurde die Rasse der feurig roten Füchse (mongolisch „Gallschar") gezüchtet. Diese prächtigen Pferde siegen oft bei Rennen.

„Unsere Pferde", berichtet mir der Dozent für Pferdezucht am Landwirtschaftsinstitut in Ulan-Bator Tschojshilyn Unenbureg, „sind hauptsächlich Reitpferde. Deshalb müssen wir uns mehr mit der Zucht von Zug- und Lastpferden beschäftigen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter erzielten in Zusammenarbeit mit den erfahrensten Hirten wie Scharbandi aus dem Aimak Suche-Bator oder Badartsch aus dem Aimak Gobi Altai recht gute Resultate. Wir planen Selektionsarbeiten im Staatsgut Ugtal und werden so die mongolischen Rassen verbessern. Meiner Ansicht nach müssen dafür die Rassen Araber, Budjonny, Orlow- und die Tersker aufgezogen und akklimatisiert werden, aber auch Traber aus Ungarn. Bald werden wir ein Gestüt aufbauen.

Die Pferde sind, sagen wir, im Vergleich zu Schafen und großem Hornvieh genügsam. Ein Füllen läßt sich leichter aufziehen. Und das, sagt Unenbureg, „ist für ein Land mit großem Mangel an Arbeitskräften nicht unbedeutend. Außerdem sind die mongolischen Pferde sehr widerstandsfähig. Die Steppentraber überwinden leicht Schneewehen, vertragen gut Hitze und Kälte, können auf der Suche nach Futter große Entfernungen zurücklegen.

Die Mongolen verstehen viel von der Pferdehaltung. Unter den Hirten gibt es zahlreiche Helden der Arbeit der MVR. In den Steppen wird viel getan zur Verbesserung der Weiden, zum Bau von Tränken. Die Kinder werden zur Tierpflege erzogen: In den Pionierlagern werden Reitausflüge zu berühmten Orten oder zu Ruhmesstätten des Kampfes organisiert.

Unenbureg erwähnt noch eine wichtige Seite der Pferdewirtschaft — Schweif- und Mähnenhaar ist auf dem internationalen Markt sehr gefragt. Die Mongolei exportiert auch Pferdefleischkonserven. Bei einem hohen Kaloriengehalt hat das Pferdefleisch jedoch nur eine geringe Menge Cholesterin.

* * *

Unter der Volksmacht hat sich die Struktur der mongolischen Wirtschaft grundlegend verändert. Es entstand die Basis einer nationalen Industrie, die es vorher im Land überhaupt nicht gab. Die Fläche des zu bearbeitenden Bodens vergrößert sich. Aber auch die traditionellen Wirtschaftszweige, u. a. die Pferdezucht, werden weiterentwickelt.

Das Pferd bleibt Symbol dieses Steppenlandes. Es hat einen neuen Inhalt gewonnen. In der Mongolei sieht man oft ein originelles Bild des bekannten Künstlers Amgalan. Es zeigt einen Reiter, der in einer Mütze mit roter Spitze in vollem Ritt vom gelben Streifen (die Farbe symbolisiert die Allmacht des Lamaismus und den Feudalismus in der Mongolei) auf den roten überspringt. Unten, in einem tiefen Abgrund, bleibt der schwarze Streifen (der Kapitalismus) zurück.

Auch im Wappen der Mongolischen Volksrepublik ist ein Reiter dargestellt — ein Reiter, aufstrebend zur Sonne. ■

Start des Filmfestivals

Am 7. Juli wurde im Kreml-Palast feierlich das X. Moskauer Internationale Filmfestival eröffnet.

Das erste Festival fand im Jahre 1959 statt. Seit dieser Zeit wird es jedes zweite Jahr unter dem Motto „Für eine humane Filmkunst, für Frieden und Freundschaft unter den Völkern" veranstaltet.

In den vergangenen Jahren gewann das Moskauer Filmforum stark an Popularität.

Ständig erweitert sich sein Teilnehmerkreis. 1959 waren Filme aus 40 Ländern vertreten, heute aus ca. 100 Staaten. Vertreter von weltbekannten Gesellschaften wie auch die jungen Filmemacher der Entwicklungsländer brachten ihre Streifen nach Moskau. 1959 ignorierte das Filmgeschäft der USA das Moskauer Festival, heute dagegen leitet der Präsident des Nationalen Filmverbandes Jack Valenti die repräsentative US-Delegation.

Insgesamt sind etwa 320 Filme für und außer Wettbewerb gemeldet. 36 Streifen aus 35 Ländern werden allein am Wettbewerb für Spielfilme teilnehmen. Die Sowjetunion bringt dieses Mal die Filme „Der Falke" von Regisseur Danelia und „Nacht über Chile" von S. Alarcón und A. Kossarew.

Dabei sind auch DDR, Polen, Bulgarien, Kuba, Ungarn, KVDR, Jugoslawien, Rumänien, SRV, ČSSR, Mongolei. Der polnische Regisseur Jan Lomnicki brachte „Rettet die Stadt" mit, Lothar Warneke aus der DDR die Komödie „Die unverbesserliche Barbara", Igor Pretnar aus Jugoslawien „Idealist".

Breit vertreten ist auch die Kinematographie der kapitalistischen Länder. Zu sehen werden: „San Babila: 20 Uhr" von Carlo Lizzani (Italien), „Im Schatten des Schlosses" von Daniel Duvan (Frankreich), „Logans Flucht" von Michael Andersen (USA), „Das Leben von Chikuzan" von Kaneto Shindo (Japan).

Vorsitzender der Jury für Spielfilme ist Stanislaw Rostozki, Filmregisseur und Volkskünstler der UdSSR.

Das Wettbewerbsprogramm für Kurzfilme umfaßt 60 Streifen aus 42 Ländern. Die Jury leitet Alexander Medwedkin, Dokumentarfilmregisseur und Volkskünstler der RSFSR.

Um den Preis für Kinderfilme wetteifern 27 Länder. Vorsitzender der Jury ist der tschechoslowakische Filmkritiker, Professor Antonin Martin Brousil. Eine zweite Jury aus Pionieren verleiht hierbei einen Sonderpreis.

Wie bisher werden gleichzeitig in den größten Filmtheatern der Hauptstadt Wettbewerbs- und Nichtwettbewerbsfilme gezeigt. Voraussichtlich werden über eine Million Zuschauer mehr als 100 Filme außer Wettbewerb sehen.

Im Programm ist ferner eine Diskussion vorgesehen, auf der allein ca. 1200 ausländische Gäste erwartet werden. An einem Filmmarkt werden zahlreiche ausländische Produzenten und Verleiher, natürlich auch Sovexportfilm teilnehmen. Auf diesem Markt werden über 100 ausländische und etwa 30 sowjetische Filme angeboten.

W. ROSEN

DISKUSSION MIT DEM LESER

Kürzlich hat ein Expertenausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation einen Report veröffentlicht, in dem es heißt, das in der UdSSR geltende Gesetz über Zwangsarbeit sei mit der entsprechenden Konvention der IAO unvereinbar. Ich möchte wissen, ob das stimmt, und bitte, mich über das Gesetz zu informieren.

Jacques PARTURIER
Genf, Schweiz



Es diskutiert NZ-Kommentator Nikolai SCHIMMEL

Wir können Ihrer Bitte nicht nachkommen, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: In der UdSSR gibt es kein solches Gesetz. Ja, und es kann auch in einem sozialistischen Staat keine Gesetze geben, die die Bürger unter Strafandrohung zur Arbeit zwingen. (Ich meine natürlich nicht Personen, die in Besserungsanstalten eine Strafe abbüßen — durch einen Urteilsspruch wegen begangener Strafrechtsdelikte. Doch auch dort wird die Häftlingsarbeit bezahlt.) Die offenkundige Inobjektivität und der tendenziöse Charakter dieses Reports wird auch dadurch deutlich, daß er auf der 63. Tagung der IAO-Generalkonferenz vom Juni nicht gebilligt wurde.

In der Menschheitsgeschichte gab es ganze Epochen — die Sklavenhaltergesellschaft und den Feudalismus — in denen Zwangsarbeit kraft Gesetzes und mit Waffengewalt die Grundlage der Produktionsweise bildete. Der Kapitalismus nötigt gleichfalls die Menschen zur Arbeit, aber das hat wirtschaftliche Formen. Die Werktätigen, die nicht über die Produktionsinstrumente und -mittel verfügen, müssen ihre Arbeitskraft zu erniedrigenden Bedingungen verkaufen. Eignen sich doch die „Arbeitgeber" im Kapitalismus einen Großteil ihrer Arbeitsergebnisse an.

Hierbei legt sich aber die bürgerliche Propaganda so recht ins Zeug, um zu beweisen, im Kapitalismus bestehe eine freie Wahl: Du kannst arbeiten oder nicht. Doch diese These ist einerseits wirtschaftlich sinnlos und hat andererseits mit der wahren Sachlage nichts zu tun. In Wirklichkeit waren und bleiben die schöpfe-

rische Tätigkeit des Menschen, die Arbeit die Grundlage für das Bestehen der menschlichen Gesellschaft, für ihr Vorwärtskommen. Wenn die Menschen aufhören würden zu arbeiten, dann wäre das das Ende der Menschheit. Deshalb kann man vernünftigerweise, das Recht auf Müßiggang nicht verteidigen. Und die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern kämpfen keineswegs für eine „freie Wahl" zwischen Arbeit und Müßiggang, sondern für das Recht auf Arbeit. Sie kämpfen auch für eine gerechte Verteilung der Arbeitsergebnisse.

Und nun zur „freien Wahl": Ja, es gibt sie wirklich in der bürgerlichen Gesellschaft. Allerdings nur für jene, die an der Spitze ihrer gesellschaftlichen Pyramide stehen, also für Leute mit einem dicken Scheckbuch.

Der sozalistischen Gesellschaft liegt gleichfalls die Arbeit ihrer Mitglieder zugrunde. Doch das ist die ganze Ähnlichkeit zwischen dem Sozialismus und den ihm vorangehenden Gesellschaftssystemen. Der Hauptunterschied besteht darin, daß im Sozialismus über alle Arbeitsergebnisse der Gesellschaftsmitglieder sie sebst verfügen. Niemand arbeitet, damit auf seine Kosten ein anderer im Wohlstand lebt. Der Sozialismus hat die Arbeit frei gemacht und ihr einen hohen Rang verliehen. Die Arbeit hat aufgehört, nur den Lebensunterhalt zu sichern, nur eine Notwendigkeit zu sein. Sie ist zu einer moralischen Pflicht vor der Gesellschaft geworden, zum ersten Lebensbedürfnis.

Das Prinzip des Sozialismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeit" wurde juristisch im Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung fixiert, der jetzt von Millionen sowjetischen Menschen diskutiert wird. „Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Bürgers der UdSSR ist es, ... gewissenhaft zu arbeiten..." — lautet Artikel 60.

Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem kennt keine — zum Unterschied vom Kapitalismus — „legitimen" Verdienstquellen nicht aus Arbeit, die es ermöglichen würden, ein parasitäres Leben auf Kosten anderer zu führen. Wenn in der Sowjetunion jemand sich seiner Pflicht zu arbeiten entziehen will, muß er den Weg von Rechtsverletzungen, von Verbrechen einschlagen. Doch welche Gesellschaft, wenn sie gesund und gerecht sein will, wird derartige Handungen ihrer Mitglieder tolerieren? Deshalb werden bei uns Müßiggänger und Personen, die von ungesetzlichen Einnahmequellen Gebrauch gemacht haben, bestraft. ■

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 7

Übung 1: **Übersetzen Sie folgenden Auszug aus dem Verfassungsentwurf der UdSSR:**

Советская власть осуществила глубочайшие социально-экономические преобразования, навсегда покончила с эксплуатацией человека человеком, с классовыми антагонизмами и национальной враждой, утвердила общественную собственность на средства производства, подлинную демократию для трудящихся масс. Впервые в истории человечества было создано социалистическое общество.

Ярким проявлением силы социализма стал немеркнущий подвиг советского народа, его Вооруженных Сил, одержавших историческую победу в Великой Отечественной войне. Эта победа укрепила международные позиции СССР, открыла новые благоприятные возможности для роста сил социализма, национального освобождения, демократии и мира во всем мире.

Продолжая свою созидательную деятельность, советский народ обеспечил быстрое и всестороннее развитие страны, совершенствование социалистического строя. Упрочились союз рабочего класса, колхозного крестьянства и народной интеллигенции, дружба наций и народностей СССР. Сложилось социально-политическое единство советского общества, ведущей силой которого выступает рабочий класс. Выполнив задачи диктатуры пролетариата, Советское государство стало общенародным. Возросла руководящая роль Коммунистической партии — авангарда всего народа.

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN:

преобразова́ние	Umgestaltung
поко́нчить (с чем?)	Schluß machen
утвержда́ть (что?) (утверди́ть)	behaupten hier: herbeiführen
неме́ркнущий по́двиг	unvergängliche Heldentat
откры́ть благоприя́тные возмо́жности (для чего́?)	günstige Möglichkeiten bieten
обеспе́чить разви́тие (чего́?)	Entwicklung sichern
упро́чить сою́з	das Bündnis festigen
веду́щая си́ла о́бщества	führende Kraft der Gesellschaft
диктату́ра пролетариа́та	Diktatur des Proletariats

Übung 2: **Finden Sie zu den hervorgehobenen Wörtern in den Wortverbindungen Synonyme aus dem Text. Wo nötig, verändern Sie den Satzbau:**

1. **уничтожить** эксплуатацию человека человеком;
2. **укрепить** союз рабочего класса и крестьянства;
3. **классовые противоречия;**
4. **истинная** демократия;
5. **усилилась** роль партии;
6. **главная** сила общества

Übung 3: **Unter Verwendung des Übungstextes 1 übersetzen Sie die Wortverbindungen ins Russische:**

soziale und ökonomische Umgestaltungen
Klassenantagonismus
nationaler Hader
Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln
schöpferisches Aufbauwerk
Staat des gesamten Volkes
führende Rolle der Partei
soziale und politische Einheit

MANIFEST

DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHILES

Nieder mit der Junta! Weg mit Pinochet! Für die Einheit aller Antifaschisten, die mit der Tyrannei aufräumen und eine neue Gesellschaft aufbauen wollen!

In Chile entsteht eine neue politische Situation. Infolge der inneren und äußeren Isolierung verliert die faschistische Junta den Boden unter den Füßen. Es bieten sich Aussichten für einen intensiveren und erweiterten Kampf der Massen um ihre Rechte und die Vernichtung der Tyrannei. Die Zeit ist gekommen, die in unserer Geschichte die entscheidende Rolle spielen wird.

Die demokratischen Kräfte kämpfen unter sehr schweren Bedingungen. Die Tyrannei schlägt weiterhin rücksichtslos zu, versucht aber zugleich in ihrem unerfüllbaren Streben nach einer Verewigung des Faschismus, sich verfassungsmäßig zu etablieren. Trotzdem nimmt der heldenhafte Widerstand, den die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen seit dem faschistischen Putsch leisten, immer breitere Ausmaße an. Die Zahl der aktiven Gegner Pinochets, seiner Junta und seiner Geheimpolizei DINA wächst. Faktisch ist die Opposition zur Diktatur von bisher nie dagewesenem Ausmaß und weist die Tendenz auf, den Rückgang im sozialen Kampf zu überwinden. Millionen Chilenen sind nunmehr fest entschlossen, alles zu tun, um der Herrschaft der Usurpatoren möglichst bald ein Ende zu machen. Anhänger des Regimes verüben bereits die „zivile Fahnenflucht", die Isolierung der Tyrannen wird immer größer. Selbst in den Kreisen, die die Tyrannei unterstützen, setzt sich die Einsicht durch, daß die bestehende Lage nicht andauern kann; deshalb wird nach Mitteln und Wegen gesucht, das Image des Regimes aufzupolieren.

Die Hauptaufgabe des chilenischen Volkes besteht jetzt darin, mit der faschistischen Diktatur aufzuräumen und im Lande eine neue Demokratie zu errichten.

Der Faschismus hat das gesamte nationale Leben gestört, nimmt dem Land die Möglichkeit jeder fortschrittlichen Perspektive und verschlimmert dadurch dessen ohnehin dramatische Lage. Die nach dem Umsturz entstandene Lage beseitigen: So lautet die Parole nicht nur der politischen Gefangenen, der Familienangehörigen von Ermordeten, Verfolgten und Vermißten, der Emigranten, der verbotenen Arbeiterorganisationen und politischen Parteien, gegen die die Faschisten ihre Repressalien richten. Mit jedem Tag betrachtet und behandelt die Junta immer mehr Chilenen als ihre Gegner. Für 90% der Chilenen, Männer und Frauen, Zivilisten und Militärs, für alle Patrioten und fortschrittlichen Politiker, ist, wenn sie auch verschiedene politische Anschauungen vertreten und unterschiedlicher sozialer Herkunft sind, die Vernichtung des Faschismus das Hauptanliegen, da die faschistische Macht gegen das ganze Volk gerichtet ist.

1. Der Faschismus ist die Terrordiktatur der imperialistischen und oligarchischen Schmarotzergruppen

In den Jahren seit der faschistischen Machtergreifung hat unser Volk viel durchmachen müssen. Aus eigener Erfahrung weiß es jetzt, was die Terrordiktatur der schlimmsten Gruppen des großen Finanzkapitals bedeutet. Die vier Juntamitglieder begingen das Verbrechen, die Streitkräfte in den Dienst an diesen Gruppen zu stellen. Um sich an der Macht zu halten, erklärten sie, in ihrer Innenpolitik würden sie weder nach links noch nach rechts tendieren, die Menschenrechte achten, die Freiheit und Einheit der Chilenen gewährleisten und für aller Wohlergehen arbeiten. Aber die von ihnen geführte faschistische Regierung betreibt die Politik der Imperialisten und der einheimischen Monopole. Deshalb grassieren im Lande Machtmißbrauch, Willkür, Bestechungen, Raubgier und Verbrechen.

In ihrer ganzen Geschichte war die Arbeiterklasse noch nie in einer so tragischen, so schweren Lage. Die Faschisten verfolgen und schikanieren vor allem die Werktätigen.

Die Arbeitslosigkeit umfaßt ständig 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung; 217 000 Personen bekommen elende Löhne; für sie bestehen keine Sozialfürsorge und keine anderen Beihilfen.

Der Hunger hat sich zu einer wahren Geißel ausgewachsen. Millionen Chilenen leiden darunter. Die Tragödie des Volkes hat ungeheure Ausmaße angenommen. Unter Kindern und Jugendlichen nimmt erschreckend rasch die Prostitution zu; Trinksucht, Kriminalität und Bettelei greifen um sich. Die Zahl der Geisteskranken und der Selbstmörder wird höher. Um ihren Kindern das Leben zu sichern, verzichten Mütter auf die Mutterschaft und lassen sie im Ausland adoptieren. Vom 11. September 1973 bis heute hat sich der Verbrauch im Lande um mehr als 7 Md. Dollar verringert. Das steht in amtlichen Dokumenten. Aber die wirkliche Lage des Volkes ist noch schlimmer.

Während die Verelendung der einfachen Menschen fortschreitet, steigen die Ausgaben der privilegierten Minderheit für Luxusartikel.

Die Aufhebung der Agrarreform, der Ruin der kleinen und mittleren Eigentümer sowie die Politik der Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger Personen schadet der Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte der Bodenparzellen, die die Bauern laut Gesetz über die Agrarreform erhalten hatten, wurden den früheren Besitzern zurückgegeben; der Großgrundbesitz wird wiederhergestellt. Die Aufhebung der staatlichen Hilfe für die Bauern bewirkt ihre

Verelendung. Ein Landwirt, der im vorigen Jahr 596 Quintal Saatgut erhalten hatte, mußte in diesem Jahr einen Betrag dafür zahlen, der dem Preis von 960 Quintal gleichkommt. (1 Quintal = 46 kg. — *Anm. d. Red.)* Eine solche Politik führt zur Verarmung nicht nur einzelner Menschen, sondern schadet dem ganzen Land. Ein Beweis dafür ist der Rückgang der Agrarproduktion, der 1976 28% gegenüber 1972 betrug.

Im Bergbau gehen kleine und mittlere Unternehmer bankrott. In Andacollo z. B. bestanden vor einem Jahr 70 Aufbereitungsfabriken, heute sind nur noch 15 da. Die Noranda Mines verschlingt die ruinierten Betriebe.

Die Kennziffern der Industrieproduktion schwanken. Trotz unbedeutender zeitweiliger Verbesserungen liegen sie unter dem Stand von vor 10 Jahren und sind um 25% niedriger als unter der Volksregierung. Das faschistische Regime bewirkt den Bankrott nicht nur von Handwerkern und Kleinunternehmern, sondern auch von zahlreichen mittleren und sogar Großeigentümern.

Wegen seiner Abhängigkeit vom staatsmonopolistischen Kapitalismus setzt der Faschismus seine Politik mit besonderer Brutalität durch.

Alle wirtschaftlichen Maßnahmen des Faschismus haben den Zweck, den Interessen der einheimischen Oligarchie und des ausländischen Großkapitals zu dienen. Einige wenige multinationale Konzerne plündern das Land. Sie haben die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht. Monopole wie die Anaconda Copper Mining haben ihre Vorrechte wiederhergestellt und reißen die Gewinnung und den Absatz von Kupfer an sich. Andere bereichern sich an Anleihen, die den Faschisten zu Vorzugsbedingungen gewährt werden, und an Krediten, die staatliche und große private Gesellschaften zur Stimulierung der Produktion erhalten. Mittel, die aus Chile herausgepumpt werden, fließen über die Zentralbank, über private Banken und Finanzanstalten ins Ausland.

Von der Unterordnung unter das imperialistische Kapital zeugt eindeutig das „Statut der ausländischen Investitionen", nach dem das Land einfach versteigert wird. Die Junta erklärt, das neue Statut sei hauptsächlich dazu da, die ausländischen Investoren nach den allgemeingültigen Gesetzen vorgehen zu lassen. Angesichts ihrer gewaltigen Möglichkeiten würde das allein schon ausreichen, ihnen eine Vorzugsstellung zu sichern. Ihnen werden aber noch zusätzliche Vorrechte gewährt, sie werden über die chilenischen Unternehmer gestellt, weil sie unbegrenzten Zugang zum Devisenmarkt sowie günstigere bzw. stabile, für 10 Jahre festgelegte Besteuerungssätze haben.

Das ökonomische Modell Pinochets und der „Chicagoer Gruppe" entspricht nicht den Interessen Chiles, es dient den einheimischen Monopolen und den imperialistischen Konzernen, die dem Putsch von 1973 Vorschub leisteten; es richtet sich gegen die Schaffung einer starken modernen Wirtschaft im Lande, die die Regierung von Präsident Allende durch Erhöhung der Kaufkraft innerhalb des Landes, Entwicklung der Kontakte zum Andenmarkt, Diversifizierung der internationalen Beziehungen, Erweiterung des Austausches mit Europa, Asien und Afrika sowie durch Nutzung der großen Möglichkeiten zu errichten suchte, wie sie die Hilfe der Länder der sozialistischen Gemeinschaft bot.

Pinochets Modell bezweckt eine noch größere Abhängigkeit von den multinationalen Konzernen und legt die Entscheidung über die wichtigsten Probleme des Landes in fremde Hände. Seine Anwendung bedeutet, daß das in vielen Jahrzehnten geschaffene Produktionspotential Chiles zum größeren Teil abgebaut und ein halbkolonialer Status eingeführt wird, der nur die Entwicklung der sogenannten relativ gewinnbringenden, in Wirklichkeit aber am wenigsten dynamischen Wirtschaftszweige zuläßt. Die Wirtschaft wird dabei immer einseitiger und die Strukturkrise tiefer.

Alle Hebel der Staatsmacht werden eifrig in Bewegung gesetzt, damit ein Häuflein von Magnaten zu ihren Profiten kommt. Der nationale Markt ist ein Schauplatz von Machenschaften mit Steuern, Tarifen, Krediten, Devisen usw., die jeder demokratischen Kontrolle entzogen sind. Die staatlichen Unternehmen und die Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, die für das Wohl aller Chilenen arbeiten sollten, sind in den Dienst der Gruppe gestellt, deren Interessen die Junta vertritt. Andererseits wird das Nationalvermögen vergeudet, indem es entweder in private Hand gelegt wird oder zwar staatliches Eigentum bleibt, aber in einer Form, die den Handlangern Pinochets genehm ist. Die Gruppen der Finanzoligarchie reißen alles, selbst professionelle Fußballclubs, an sich und verwandeln jede Tätigkeit in eine weitere Quelle von Raubprofiten.

Das Nationaleinkommen von 1974, 1975 und 1976 hat sich im Vergleich dazu, was bei der Erhaltung des durchschnittlichen Wachstumstempos von 1963—1973 möglich gewesen wäre, um 15 Md. Dollar verringert. Demnach zeichnet sich die reale Sachlage in ihrer ganzen Härte ab. Veränderungen oder Verbesserungen, die diese Politik erfahren hat bzw. erfahren kann, einzelne Erleichterungen, die auf zeitweilige Faktoren, etwa auf die erhöhten Kupferpreise oder die imperialistischen Investitionen, zurückgehen, ändern nichts an ihrem Klassencharakter und ihrem chilefeindlichen Wesen und werden auch nichts daran ändern. Nach wie vor wird diese Politik das Ziel verfolgen, die Reichtümer einigen wenigen Personen zu übereignen und die übrigen verelenden zu lassen.

Die moralischen Folgen einer solchen Lage sind noch verheerender. Die Korruption in den herrschenden Kreisen schadet jedem Land. Der Skandal um die Finanzmachenschaften der Banco Osorno y La Unión und anderer Banken veranschaulichte die ganze Zügellosigkeit der Faschisten, die auf Kosten des chilenischen Volkes geht. Eine Erscheinungsform der Korruption ist die Besetzung leitender Posten in der Wirtschaft mit hohen faschistischen Militärs, was gegen die bisherige Tradition der chilenischen Streitkräfte verstößt.

2. Der Hauptfeind sind die Faschisten und die mit ihnen herrschenden einheimischen und imperialistischen Monopole

Der Terror und die Repressalien sind unlöslich mit der Wirtschaftspolitik verbunden. Es ist die Kehrseite ein und derselben Medaille. Die Regierung kann nicht Maßnahmen durchführen, die die gewaltige Bevölkerungsmehrheit zu Elend und Hunger verdammen, wenn sie nicht einen enormen Unterdrückungsapparat hat. Die Tyrannei besteht, um das Land in einen Rahmen zu zwängen, der den einheimischen und ausländischen Monopolen genehm ist. Der Faschismus ist eine antidemokratische Terrordiktatur, die sich vor allem gegen die Arbeiterklasse richtet, aber auch sonst keine fortschrittlichen Ideen duldet und sie verfolgt. Fakten sprechen für sich.

Die Errungenschaften der Gewerkschaften wurden zunichte gemacht, damit die Junta die Arbeiter-

klasse der Superausbeutung unterziehen und ihren Kampf unterbinden kann. Das Dekret Nr. 198, der Schlüssel zu diesem ökonomischen Modell, verbietet praktisch jede gewerkschaftliche Betätigung: die Wahl von Leitern, die Abhaltung von Versammlungen, das Einreichen von Petitionen, die Ausübung des Streikrechts und Verhandlungen über den Abschluß von Kollektivverträgen.

Standhafte Gewerkschafter werden entlassen, eingesperrt, des Landes verwiesen, getötet. Alle Massenorganisationen sind Verfolgungen ausgesetzt. Jede gesellschaftliche, kulturelle, sportliche, ja religiöse Betätigung wird dem Regime schon deshalb gefährlich, weil sie die Solidarität der Menschen, ihre Unabhängigkeit von ihm vor Augen führt.

Ergebnis dieser Politik war das Verbot der UP-Parteien, die die Arbeiterklasse sowie die bewußtesten und entschlossensten Mittelschichten vertreten. Der Faschismus greift die marxistischen Ideen an, die von einem weiten Kreis des fortschrittlichen chilenischen Proletariats vor mehr als 60 Jahren akzeptiert und von so großen Vertretern des chilenischen Volkes wie Luis Emilio Recabarren, Salvador Allende und Pablo Neruda zu ihrer Waffe gemacht wurden, zugleich verleugnet er aber auch die Grundwerte des Christentums und den Rationalismus, der in Chile jahrhundertealte Traditionen hat. Das kürzliche Verbot der Christlich-Demokratischen Partei, die die Anschauungen eines Teils der Werktätigen, der Mittelschichten und eines Teils der Bourgeoisie — die Interessen dieser Bevölkerungsgruppen leiden unter der Politik der Faschisten — sowie ethische und ideologische Werte zum Ausdruck bringt, die dem Faschismus entgegengesetzt sind, ist eine logische Fortsetzung dieser Politik. In letzter Instanz ist von der Tyrannei nicht anderes zu erwarten als die Fortführung ihrer Politik zur Verfolgung von allem, was demokratisch und fortschrittlich ist, ganz gleich, ob es Ideen, Menschen oder Institutionen sind.

Das faschistische Regime fügt der Kultur und Bildung großen Schaden zu. Gegenwärtig sind die Haushaltsaufwendungen für das Bildungswesen um 51% geringer als unter Präsident Allende. Die Anzahl von Lernenden und Studierenden sinkt. Die Enttäuschung der Jugend, die immer weniger Bildungsmöglichkeiten hat, nimmt zu. Die beschnittene Selbständigkeit der Hochschulen und die erhöhten Studiengebühren versperren Tausenden begabten jungen Menschen den Weg dazu, einen Beruf zu erlernen und der Heimat Nutzen zu bringen.

All das beste, was die chilenische Kultur hervorgebracht hat, wird verfolgt. Die hervorragendsten Komponisten, Musiker, bildenden und darstellenden Künstler, Literaten und Filmleute können nicht in ihrer Heimat leben. Das trifft auch für viele Wissenschaftler zu. Obwohl einige Kulturschaffende und Wissenschaftler im Lande bleiben und unter höchstem Risiko weiterhin für das Volk arbeiten, ist das Kulturniveau der Nation aus Verschulden des Faschismus gesunken. Die Werke von Gabriela Mistral und Pablo Neruda, beide Nobelpreisträger für Literatur, werden ebenso wie ihre Namen konsequent verschwiegen.

Die katholische Kirche, die sich dem Dilemma gegenübersah, dem Faschismus gegenüber zu schweigen oder sich mit dem Volk zu solidarisieren, wählte das letztere. Sie hat viel zum Schutz der Verfolgten und Leidenden getan und ihre Stimme denjenigen geliehen, denen sie entzogen ist und die von der Tyrannei verfolgt werden. Die Aktionen der Kirche haben Bedingungen herbeigeführt, die die heutige Zusammenarbeit von Christen und Marxisten für das Wohl Chiles und seines Volkes fördern und dazu beitragen, ein schöpferisches und konstruktives Nebeneinanderbestehen in der Zukunft zu untermauern. Wiederholt verwies die Kirche auf die Schädlichkeit der sogenannten Doktrin der nationalen Sicherheit; ebenso wie die im März veröffentlichte Deklaration des Permanenten Komitees der Bischofskonferenz von Chile widerspiegelt das die in unserem Lande vorherrschenden Ansichten. Zwar gibt die Kirche manchmal dem Druck der von der faschistischen Propaganda aufgezwungenen Vorurteile nach, doch mindert das die wesentliche Bedeutung ihrer Haltung nicht herab. Gerade wegen dieser Haltung wird sie von den Juntachefs angegriffen. Diese machen auch vor odiosen Propagandakampagnen gegen die Kirche nicht halt und gehen noch weiter, bis zu Provokationen und Repressalien gegen einzelne Geistliche.

Pinochets Theorie, durch Terror sei das Volk zu beugen und zur Aufgabe seiner Bestrebungen und des Kampfes um seine Rechte zu zwingen, ist gescheitert. Verbrechen sind zu einem Bestandteil der Faschistenpolitik geworden.

Die Repressalien werden und können kein Ende nehmen, weil sie für die Junta eine Existenzbedingung sind. Alles, was auf verschiedenen Etappen unternommen wurde, um eine „Liberalisierung" vorzutäuschen, war Lüge. Wahr ist, daß der Widerstand der demokratischen Kräfte und die internationale Solidarität einige Erfolge, z. B. die Freilassung vieler Häftlinge, gesichert und vielen Menschen das Leben gerettet haben. Aber eine Liberalisierung gab es nicht, vielmehr wurden die Repressalien verfeinert und vertuscht, vollzog sich der Übergang von den hemmungslosen Gewalttätigkeiten der ersten Monate zu gezielten Ausschreitungen, ohne daß sich an ihren Ausmaßen und ihrer Grausamkeit bis heute etwas geändert hätte.

Darin besteht die Tragödie der „verschollenen" politischen Gefangenen, eine der unheilvollsten Tragödien des chilenischen Volkes. Bekannte und vom Volk geliebte Vertreter der Öffentlichkeit, z. B. Víctor Díaz, Exequiel Ponce, Mario Zamorano, Carlos Lorca, Jorge Muños, Edgardo Enríquez, Jaime Donato, Ricardo Lagos, Fernando Ortiz, Bernardo Araya und viele andere, insgesamt mehr als 2500 Personen, sind in den Gefängnissen der DINA spurlos „verschwunden", als hätte die Erde sie verschluckt. Zu ihnen gehören ferner Reinalda del Carmen Pereira, María Olga Flores, Clara Canteros, Michelle Peña, Alicia Herrera und viele andere mutige Chileninnen. Einige Häftlinge sind schon vor Jahren verschwunden, wie z. B. David Silberman, José Baeza und Bautista von Schowen. Als sadistischer Terrorist hat Pinochet die Angewohnheit, verunstaltete Leichen von „Verschollenen" mit Spuren gräßlicher Folterungen liegen zu lassen. Am 11. September v. J. wurde an einem Strand der verstümmelte Leichnam der beispiellosen Heldin Marta Ugartes, des Mitglieds des ZK unserer Partei, entdeckt.

Dieses Drama erschüttert die ganze Welt. Die UNO forderte vom Tyrannen, die Listen der Vermißten zu veröffentlichen und die Gefangenen freizulassen. Aber Pinochet hört nicht auf die Forderung der Menschheit. Es muß bekannt werden, was aus den politischen Gefangenen geworden ist. Die Junta und ihre DINA-Henker müssen für jeden von ihnen die Vergeltung

tragen. Es gibt keinen Platz auf Erden, wo die Komplicen dieser Verbrechen der Verantwortung entgehen könnten.

Die Folgen einer solchen Lage wirken sich auf alle Lebensbereiche in Chile aus.

Seit dem 11. September 1973 wurden Zehntausende ermordet. Das ist weit mehr als die Verluste im Pazifikkrieg. Niemand kann die schrecklichen physischen und moralischen Folgen des faschistischen Terrors wiedergutmachen: die Zehntausenden Opfer grausamer Folterungen, die Hunderttausenden Eingekerkerten, die Leiden ihrer Verwandten, Kollegen und Nachbarn, die mit Methode erfolgende Zerstörung unzähliger Familien.

Der Schaden, den die Ausweisung zahlreicher Chilenen und die auf politische oder wirtschaftliche Gründe zurückgehende Emigration von Hunderttausenden unserer Landsleute anrichten, die die Tragödie der Verbannung erleben, ist enorm.

Die Weltöffentlichkeit erteilt dem faschistischen Pinochet-Regime eine gebührende Abfuhr. Es hat sich eine Bewegung der Solidarität mit unserem Volk entfaltet, an der verschiedenste soziale und politische Strömungen teilnehmen. Pinochet behauptet, seine Verbrechen zu verurteilen, gegen sie zu protestieren, wäre antichilenisch. In Wahrheit wird dadurch mutig die Solidarität mit Chile und seinem Volk bekundet und gegen die Unterdrücker unserer Heimat protestiert. Über die Aktivierung der internationalen Solidarität verzweifelt, sagt Pinochet, diese Kampagne sei ausschließlich mit Hilfe der UdSSR und der Kommunisten zustande gekommen. Ja, die Sowjetunion, die DDR, das revolutionäre Kuba, die Länder der sozialistischen Gemeinschaft und die kommunistischen Parteien erfüllen ihre Solidaritätspflicht vorbildlich, aber die Rede ist nicht nur von ihnen, denn viele kapitalistische Regierungen, die nichtpaktgebundenen Länder, die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, viele Christdemokraten, weite radikale und liberale Kreise, die nationalen Befreiungsbewegungen, die Gewerkschaften aller Richtungen, die Kirche, die Universitäten, Sportler, Frauen, Jugendliche, Vertreter der Intelligenz und Kunstschaffende empfinden Ekel vor dem Faschismus.

Die grandiosen Ausmaße dieser Solidaritätskampagne zeugen davon, daß es einen für alle Länder gemeinsamen Nenner gibt: die Ablehnung des Faschismus, die das Ergebnis bitterer Erfahrungen der Geschichte ist und nicht vergessen werden kann. Zugleich betrachten die Völker der kapitalistischen Länder die Tragödie Chiles mit vollem Grund als Beispiel für die Prätentionen der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus und der Barbarei, die sich eben aus dem Vorgehen dieser Kräfte ergeben kann. Eine Bestätigung dafür sind die ähnlichen Ereignisse in Brasilien, Uruguay, Paraguay und anderen lateinamerikanischen Ländern, in Südafrika und Thailand. Die Solidaritätsbewegung hat die Junta in eine fast präzedenzlose internationale Isolierung gedrängt. Die UNO-Vollversammlung hat sich zum drittenmal gegen Pinochets Tyrannei und Verbrechen ausgesprochen und somit die Junta an den Pranger gestellt.

Die Solidarität mit unserem Volk wird nicht schwächer, sondern immer aktiver und energischer. Der bestialische Terror, durch den die faschistischen Usurpatoren die Chilenen einschüchtern und in die Knie zwingen wollten, kehrt sich gegen sie selbst.

3. Es bestehen Bedingungen, den Massenkampf auf eine neue, höhere Stufe zu heben.

Das Volk Chiles konnte nicht durch barbarische Repressalien gebrochen werden.

Neue Bedingungen bilden sich heraus, die eine umfassende Massenbewegung für die Demokratie begünstigen. Man kann den Faschismus nur besiegen, wenn man Kräfte aus der Quelle schöpft, die sich bereits Bahn bricht: aus dem Kampf von Millionen Chilenen für ihre konkreten Forderungen, die Befriedigung ihrer sehnlichsten Wünsche und ihre Rechte, aus dem Kampf, der häufig neue, vom gegenwärtigen Konflikt bedingte Formen annimmt. Wird diese Massenbewegung nicht auf eine neue, qualitativ höhere Stufe gehoben, so wird die Tyrannei trotz der von ihr ausgelösten Krise, von der sie ebenfalls betroffen ist, weiterbestehen können.

Die Bewegung für die Rechte des Volkes kann unserer Heimat wieder auf den historischen Entwicklungsweg helfen, der von der Tyrannei gewaltsam unterbrochen wurde. Der Faschismus ist ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, den historischen Prozeß aufzuhalten, ja den Fortschritt durch den Rückschritt zu ersetzen. Deshalb setzt er seine Macht barbarisch ein, um nicht nur sämtliche Leistungen Allendes, sondern auch all das Fortschrittliche, was unter den früheren Regierungen erzielt wurde, aus dem Leben der Gesellschaft zu beseitigen.

Die Tyrannen haben sich da etwas Niederträchtiges, Barbarisches und — Unerfüllbares vorgenommen. Man kann nicht gegen den Strom der Geschichte schwimmen. Ebenso wie im Leben eines jeden Volkes gibt es im Leben der Chilenen Licht und Schatten, aber von diesem Hintergrund zeichnet sich stets die Hauptrichtung ab: die Richtung des Fortschritts. Es gab die Reconquista, aber Marco del Pontu, Osorio und San Bruno konnten nicht über O'Higgins, Manuel Rodriguez und Carrera triumphieren. Im Jahre 1891 gab es North, Zañartu, Körner und Montt; doch die Verkörperung der eigentlichen Seele Chiles ist Balmaceda. Es gab Blutbäder von der Schlägerei in der Santa-María-Schule bis zum Gemetzel in La Coruña; den Sieg trug jedoch die Sache von Recabarren davon, und es entstand die große Arbeiterbewegung. Es gab den Versuch von Alessandri und Ross, die Oligarchie wiederherzustellen, doch siegte Aguirre Cerda. Die heutige antifaschistische Bewegung ist eine Zusammenfassung von all dem, was zu allen Zeiten als Vorzeichen der Zukunft galt und was im Kampf gegen den Rückschritt und seine Wahrzeichen Oligarchie und Imperialismus erreicht wurde. Der Faschismus aber ist die Verkörperung jeglichen Rückschritts, all der Dinge, die nicht von langer Dauer sein können.

Für die ins Leben zu rufende breite demokratische Bewegung dient unsere Geschichte als lebenspendender Quell. Die Parole dieser Bewegung lautet: Freiheitsliebe und Demokratie, sie leben ewig in den Herzen und Hirnen der Chilenen, die niemals auf den Kampf für diese Ideale verzichten werden.

In Chile sind Tausende Protestbekundungen, zahlreiche Äußerungen der Unzufriedenheit festzustellen, besonders in letzter Zeit. Am wichtigsten ist dabei die Arbeiterklasse, die durch Taten bewiesen hat, daß sie die Hauptkraft des demokratischen Widerstands ist. In einer ungemein schweren Lage konnte sie einen wichtigen Teil ihrer Gewerkschaftsorganisationen er-

halten und in ihnen wirken, u. a. ihre Forderungen trotz der faschistischen Repressalien aufstellen. In ihren Reihen koexistieren und kooperieren verschiedene ideologische und demokratische Strömungen. Die gemeinsame Petition von 122 Organisationen über die Abhaltung eines gemeinsamen 1.-Mai-Festes in Santiago beweist die Entschlossenheit, den Repressalien die Stirn zu bieten, und den Einheitswillen der Werktätigen. Die Ablehnung der Petition durch die Junta zeugt davon, wie sehr sich das Regime vor der Arbeiterbewegung fürchtet. Pinochet versucht, die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsbünde zu spalten, und von Zeit zu Zeit gelingt es ihm, sich die schmähliche Zusammenarbeit des einen oder anderen Gewerkschaftsbonzen zu sichern, der durch Repressalien aufgezwungen worden war; aber seine Absichten scheitern. Seine Machenschaften erleiden ein Fiasko nach dem anderen. Die Kampfbereitschaft der Werktätigen zeigte sich erneut in dem nach dem 1. Mai bekundeten mutigen Protest von 126 Gewerkschaftsorganisationen Santiagos.

Die Bewegung des Protestes, wohlgemerkt des öffentlichen Protestes, erfaßt immer breitere Volksschichten. Weder Drohungen noch Repressalien der Junta konnten die Tätigkeit von Wohnviertelkomitees, Mütterzentren, Sportklubs, Kulturorganisationen, öffentlichen Küchen, Arbeitslosenausschüssen und anderen der Form nach sehr unterschiedlichen, alten und neuen Organisationen unterbinden, durch die die Massen tagtäglich ihre Hoffnungen und Bestrebungen zum Ausdruck bringen.

Ein anderes Anzeichen der zunehmenden Isolierung der Junta sind Kritik und Forderungen von Organisationen, die die Mittelschichten vertreten; z. B. der Berufskollegien, der Organisationen von Kaufleuten und Handwerkern oder von Lastautobesitzern, außerdem einige Schichten von Industriellen, die sich über die schwere Lage ihrer Betriebe und des ganzen Landes kritisch äußern.

Besondere Beachtung verdienen die Handlungen der Angehörigen der „verschollenen" politischen Gefangenen, besonders ihrer Gattinen, Mütter, Töchter und Schwestern. Mit ihrem beharrlichen und mutigen Kampf konnten sie eine Lücke in die Schweigemauer durchbrechen, mit der die Faschisten diese tragischen Vorgänge zu umgeben suchten. Sie haben sogar einige von denen, die der Tyrannei unbedingten Gehorsam entgegenbringen, z. B. Gerichtsbeamte, zu gewissen, wenn auch schüchternen Versuchen bewogen, einige Opfer der Verfolgungen zu verteidigen, und dies erstmals, seit Tausende Menschen ermordet worden sind. Ihre Kampagne hat das Land und die ganze Welt aufgerüttelt und eine bisher ihrer Bedeutung nach unübertroffene Aktionseinheit breiter Bevölkerungsschichten gefördert.

In vielen Orten verweben sich nun entstehende Fäden von Einheit und gegenseitiger Verständigung, die früher nur lose waren, zu einem festen Band. Der Kampf gegen den Faschismus hat geholfen, die Sektenbarrieren niederzureißen, die dem Volk Schaden zufügten und seine Kräfte zersplitterten. Neue Verbindungen haben sich angeknüpft zwischen Marxisten und Christen, Atheisten und Gläubigen, Aktivisten der Unidad Popular und Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Partei. Die Bedeutung jeder solchen Aktion ist enorm.

Solche Aktionen zeugen, gleich welchen Ausmaßes, von der Bereitschaft ihrer Teilnehmer, ihre Freiheit, ja mitunter auch ihr Leben einzusetzen.

Aber gegenwärtig geht es darum, die Volksbewegung des Protestes in eine mächtige Massenbewegung zu verwandeln, die in der bestehenden Situation so notwendig ist. Das ist eine reale Notwendigkeit, ist die wichtigste Aufgabe, und wir alle müssen als chilenische Patrioten deren Lösung finden. Das Niveau der Massenbewegung für die Wiederherstellung der Demokratie zu erhöhen, ist die Aufgabe nicht einer einzigen Gesellschaftsschicht, sondern der gesamten Gesellschaft. Wir Kommunisten halten es für unsere Pflicht, alles dafür zu tun, was in unseren Kräften steht.

4. Die Einheit der demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus ist der Weg zur Rettung Chiles

Unsere Politik besteht darin, mit jedem Tag all das zu stärken und zu entwickeln, was das Volk vereint. Wir haben bereits gesagt und müssen folgendes wiederholen: Nach unserer Ansicht hält sich die Junta nicht nur und nicht so sehr durch die Terrorgewalt und die Unterstützung seitens einer kleinen Gruppe von Oligarchen und der aggressivsten Kräfte des Imperialismus. Die mangelnde Einheit der antifaschistischen Kräfte verhindert auf verhängnisvolle Weise das Entstehen einer Massenbewegung, die mit der Tyrannei Schluß machen könnte. Man muß das Volk zur klaren Erkenntnis der Alternativie bringen, die die Zurückweisung des Faschismus durch eine Bewegung darstellt, die kraft ihres demokratischen Wesens, des Kurses auf Einheit, des Volkscharakters und der realistischen Positionen den Willen der Massen wachrütteln würde, aus ihrer gegenwärtigen katastrophalen Lage herauszukommen. Das hieße, den aktiven Kampf von Millionen zu initiieren.

Eine sehr wichtige Rolle bei der Organisation einer auf der Einheit basierenden Massenbewegung kommt den antifaschistischen politischen Parteien zu. Pinochet hat den ganzen gewaltigen Unterdrückungsapparat eingesetzt, um die politischen Aktivitäten der Chilenen zu verhindern. Auch hierin hat er ein Fiasko erlitten. Obwohl in der Illegalität und für vogelfrei erklärt, leben und kämpfen die demokratischen Parteien weiter. Über verschiedene Kanäle werden ihre Ansichten und Positionen dem Volk bekannt. Politische Debatten sind im Gange, die von Millionen unserer Landsleute aufmerksam verfolgt werden. In diesem Jahr wurden im Lande weitgehend die politischen Dokumente unserer Partei, der Sozialistischen und der Radikalen Partei, der Linken christlichen Bewegung, der MAPU, der Arbeiter- und Bauernpartei MAPU, der Unidad Popular als Ganzes und der Führung der Christlich-Demokratischen Partei verbreitet. Das Gleiche geschah auch bei den Emigranten.

Die Dokumente verschiedener Vereinigungen zeugen davon, daß in bezug auf die wichtigsten konkreten Fragen, die die überwiegende Mehrheit bewegen, ein hoher Grad von Übereinstimmung herrscht, wobei auch Organisationen und Einrichtungen, die nicht zu politischen Parteien gehören, keine Ausnahme bilden. Aber diese Gleichgestimmtheit hat sich noch nicht zu einer politischen Übereinkunft entwickelt, die den Anfang vom Ende der Tyrannei bedeuten würde. In vollem Einvernehmen mit unseren Bundesgenossen aus der Unidad Popular und fest davon überzeugt, daß wir dadurch dem Gefühl der meisten Chilenen Ausdruck geben, kämpfen wir für eine solche Übereinkunft.

Unser Hauptanliegen ist die Einheit der Arbeiterklasse. Sie übt den entscheidenden Einfluß auf das Ge-

schehen aus. Ihre Präsenz und ihre Tätigkeit sind die beste Garantie dafür, daß sich die Ereignisse im Interesse der Mehrheit, im Sinne der Vertiefung der Demokratie und der vollständigen Ausrottung des Faschismus entwickeln werden.

Im Hinblick auf Kampfaktionen des Volkes von Chile messen wir unserer Politik der Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten große, ja entscheidende Bedeutung bei. Jahrzehntelang schmiedeten wir an einer solchen Einheit. Jedesmal, wenn sie fehlte oder unterminiert war, spielte das dem Feind in die Hände. Heute konstatieren wir mit Genugtuung, daß die Übereinstimmung unserer Positionen ein immer breiteres Spektrum annimmt.

Wir schätzen unsere freundschaftliche gegenseitige Verständigung mit jeder Partei der Unidad Popular hoch ein. Diesen Block halten wir für historisch bedeutsam. Die Unidad Popular erlebte die Niederlage ohne Spaltung und Fahnenflucht, stieß auch auf abweichende Standpunkte, strebte aber stets, selbst in der schwersten Zeit nach Stärkung der Geschlossenheit und nach Aktivierung der Handlungen. Das zeugt davon, daß die gegenseitige Verständigung zwischen den weitsichtigsten und fortschrittlichen Schichten unseres Volkes den grundlegenden Erfordernissen der chilenischen Gesellschaft entspricht.

Wir sind uns darüber klar, daß zugleich eine Einheit auf breiterer Grundlage anzustreben ist. Wir haben die harten Lehren der chilenischen Geschichte beherzigt. Wir versuchen, die Schranken des mangelnden Verständnisses und der Feindseligkeit im Lager der demokratischen Kräfte zu beseitigen. Uns inspiriert dabei die unbestreitbare Tatsache, daß im Prinzip die Tendenz zum Zusammenschluß der chilenischen Antifaschisten ohne jegliche Unterschiede und Ausnahmen, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und des Kampfes um gemeinsame Ziele besteht. Bei objektiver Beurteilung der Fakten läßt sich der Schluß ziehen, daß die Unidad Popular jetzt allein nicht imstande ist, die Demokratie wiederherzustellen, genauso wie die Christlich-Demokratische Partei dies allein nicht erreichen kann. Aus der realen Sachlage ergibt sich die Notwendigkeit des Bündnisses aller, die gegen die Tyrannei sind.

Die Unidad Popular war für diesen Weg. Sie sprach sich dafür in ihrem Manifest vom Dezember aus und wiederholte diesen Standpunkt in der in Stockholm im März von unseren Vertretern im Ausland abgegebenen Erklärung.

Wir haben die Dokumente der christlich-demokratischen Führung aufmerksam studiert. Besondere Bedeutung messen wir ihrer offensichtlichen Entschlossenheit bei, der Tyrannei entgegenzutreten und sich im Kampf gegen die Junta nicht eine beschränkte Demokratie als Ziel zu setzen. Hervorzuheben ist ferner der Aufruf zu ständigen Aktionen gegen die faschistische Politik.

Aber der Akzent liegt in diesen Dokumenten auf den Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den antifaschistischen Kräften über die künftige chilenische Gesellschaft bestehen, und das gipfelt in der Argumentation gegen eine breite Front, die jedoch für den Kampf gegen die Diktatur so notwendig ist.

Ja, unter den Antifaschisten gibt es Meinungsverschiedenheiten, und wir vertuschen sie nicht. Aber sie heben die allgemeine Pflicht nicht auf, eine neue Demokratie zu schaffen und den Weg für Wandlungen, die in der chilenischen Gesellschaft heranreifen, zu eröffnen.

Die Dokumente der Christdemokraten enthalten einige Erwägungen, genauer gesagt, vorgefaßte Meinungen über die Freiheitskonzeption der Kommunisten. In Wirklichkeit hat gerade die kommunistische Bewegung das Problem der Freiheit unter dem richtigen Blickwinkel betrachtet und somit einen unschätzbaren Beitrag zur Sache der Freiheit geleistet. Wir beabsichtigen nicht, die Menschen, die unsere Ansichten nicht teilen, unsere Thesen akzeptieren zu lassen. Wir sind bemüht, objektive Fakten als Ganzes zu untersuchen, aus ihnen entsprechende Schlüsse zu ziehen und auf dieser Basis zu handeln.

Seit die Arbeiterklasse die chilenische politische Bühne betrat, hat sie im Kampf um Freiheit und Demokratie stets eine aktive Position bezogen und ist nun der entschlossenste Verfechter von Freiheit und Demokratie, das unüberwindliche Hindernis für deren Feinde. Die Kommunistische Partei hat unter keinen Umständen und unter keinem Vorwand in ihrer ganzen Geschichte Positionen gegen die wahre Freiheit und Demokratie bezogen. Gemäß diesem unabänderlichen Kurs trug sie in entscheidendem Maße zur Niederlage des Vio-Abenteuers von 1969 bei, betrieb eine völlig klare Politik in der UP-Regierung und bietet der Tyrannei Pinochets mit unbeugsamer Festigkeit die Stirn.

Die Christdemokraten wissen um die Kraft der Einheitsideen. Ein Echo dieser Ideen in ihrem Lager ist zweifellos der Aufruf zur Errichtung einer Front der Humanisten, wenn sie auch in enger, für den Widerstand gegen den Faschismus sogar zu enger Form konzipiert ist. Wenn schon vom Humanismus gesprochen wird, darf man nicht vergessen, wer unter uns die konsequentesten Humanisten sind.

Weder wir noch unsere Partei sind daran interessiert, uns über dieses Thema zu streiten. Wir sind einfach bestrebt, die Demokratie wiederherzustellen, und je freier sie sein wird, um so besser; wir wollen, daß das Volk selbst über die Überzeugungen und Handlungen einer jeden Partei urteilt.

Entsteht in unserer Heimat ein System im Zeichen einer erneuerten Demokratie, im Zeichen einer wirksamen Beteiligung der Mehrheit an der Verwaltung des Landes, so ist das eine Garantie für alle Antifaschisten. Es ist unvernünftig, die Einheit derjenigen zu behindern, die an die Freiheit glauben, und so den Weg zur demokratischen Erneuerung zu versperren.

Wir wiederholen: Einheit im Kampf gegen die Diktatur bedeutet und erfordert von niemandem den Verzicht auf die eigenen Prinzipien. Die umstrittenen Fragen sind keineswegs zweitrangig. Aber sie dürfen auch nicht zur Ursache von Differenzen und Zusammenstößen zwischen den demokratischen Kräften, zu Faktoren der Spaltung werden. Das wäre Wasser auf die Mühle des Faschismus, und das darf nicht vergessen werden.

Im September v. J. unterbreiteten wir allen chilenischen demokratischen Kräften drei Vorschläge, auf deren Basis wir zu einer vollständigen Übereinkunft

kommen könnten. Heute wiederholen wir diese unsere Vorschläge. Noch einmal fordern wir die Christdemokraten und alle demokratischen Schichten der Gesellschaft auf, unsere Kräfte und unsere Handlungen zu vereinigen, um die Tyrannei zu vernichten und einträchtig die große Aufgabe in Angriff zu nehmen: Chile aus dem Abgrund herauszuhelfen, in dem es sich heute befindet. Damit mit diesem schmählichen Regime aufgeräumt werden kann, sind Kampf und Einheit, energische und koordinierte Aktionen des ganzen Volkes, aller demokratischen Kräfte notwendig. Das ist das eigentliche Wesen einer antifaschistischen Front, für deren Errichtung wir uns einsetzen.

Die Wichtigkeit der von uns vorgeschlagenen Aktionseinheit für die Geschichte unserer Heimat erfordert von jeder politischen und sozialen Vereinigung eine maximal klare Handlungsweise. Es gibt viele Fragen, und es wird sie noch geben, Fragen, über die man nicht so leicht zu einer gemeinsamen Ansicht kommen wird. Doch sind wir überzeugt: Wenn dabei stets von den Interessen Chiles und der gewaltigen Mehrheit der Chilenen, von der Achtung vor dem souveränen Volkswillen als dem ausschlaggebenden und richtungweisenden Prinzip ausgegangen wird, können alle Hindernisse für die Schaffung einer demokratischen, blühenden und fortschrittlichen Gesellschaft überwunden werden.

Unser erster Vorschlag läuft auf folgendes hinaus: Laßt uns gemeinsam handeln, um mit der Tyrannei aufzuräumen; unser zweiter Vorschlag: Laßt uns auf eine Eintracht hinwirken, die eine neue Demokratie ermöglichen wird; unser dritter Vorschlag: Laßt uns eine Regierung bilden, die alle antifaschistischen Kräfte vertreten wird. Wir sind überzeugt: Diese drei Vorschläge zusammen bieten Chile den besten Ausweg. Doch sind wir bereit, sie auch einzeln zu behandeln.

Die ausländischen Vertreter der UP-Parteien haben auf ihrem kürzlichen Treffen ein Kampfprogramm vorgeschlagen, das den Minimalforderungen aller Antifaschisten Rechnung trägt: Freilassung aller politischen Gefangenen, sowohl der Vermißten als auch derer, deren Verhaftung zugegeben wird, und Amnestie für alle, die vom Faschismus gerichtlich belangt werden; Aufhebung des Ausnahmezustands, des Ausgehverbots und der Notstandsverfügungen, die ein Anschlag auf die Bürgerfreiheiten sind; Auflösung der DINA; Übergabe aller faschistischen Verbrecher an die üblichen Zivilgerichte; Rückkehr aller Emigranten bei voller Garantie ihres Lebens und ihrer Freiheit; Wiedereinsetzung aller politischen Parteien in ihre Rechte; Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen Rechte; volle Garantie der Presse-, der Versammlungs- und der Koalitionsfreiheit für alle demokratischen Organisationen und Schichten der Gesellschaft; garantiertes Bestehen von Gerichten, die sich durch Beteiligung an dem Terror dieser Jahre nicht befleckt haben und die legitimen Rechte jedes einzelnen sichern würden; Demokratisierung der Streitkräfte durch Ausmerzung des Faschismus und durch Rehabilitation der Offiziere, Unteroffiziere, Sergeanten und Soldaten, die die Junta aus den Streitkräften vertrieben hat; Aufhebung aller Beschlüsse der Diktatur über die Abfindungen für die Verstaatlichung sowie aller Beschlüsse, die die Bauern um die ihnen laut Gesetz über die Agrarreform übergebenen Grundstücke gebracht haben; Wiederherstellung der Autonomie der Universitäten und Ausmerzung des faschistischen Einflusses in allen Lehranstalten durch Vertreibung der Agenten der Diktatur; gerechter Anteil aller Chilenen an Produktion und Nationaleinkommen und erneute Gewährung eines angemessenen Lebensstandards für die Werktätigen und die Mittelschichten; Anerkennung der vollen Souveränität des Volkes und seiner Rechte auf die Entscheidung über die Zukunft des Landes.

Das ist die gemeinsame Ansicht der Unidad Popular. Zu dieser Ansicht können und müssen sich alle antifaschistischen Kräfte äußern, damit man ihre Vorschläge kennenlernen und auf dem Weg zur Eintracht vorankommen kann.

Wir alle sind der Auffassung, daß das Volk, da es seinen Interessen widerspricht, keine Rückkehr zu Konflikten zwischen den demokratischen Kräften will wegen Probleme, die keinen unversönlichen Antagonismus darstellen, während ein Dialog im Gegenteil in einer Übereinkunft gipfeln könnte. Kann man z. B. nicht schon jetzt mit dem Studium von Verfahren beginnen, die die bedingungslose Achtung der Menschenrechte garantieren würden? Die Antwort auf diese Frage halten wir für selbstverständlich. Wäre es zudem nicht zweckmäßig, Kriterien darzulegen, die die Übereinstimmung unserer Ansichten über den Status der politischen Parteien, die Rechte der Opposition und den Pluralismus widerspiegeln? Und andererseits: Wenn wir alle als Antifaschisten die Ausmerzung des Faschismus für notwendig halten, warum sollten wir nicht die Rechtsnormen konkretisieren, die die Erfüllung dieser unumgänglichen Aufgabe ermöglichen werden? Erneut betonen wir, wie wichtig es ist, neue gemeinsame Standpunkte für die zukünftige Demokratie festzulegen.

In bezug auf die Regierung wird gesagt, mit dieser Frage solle man sich zur gegebenen Zeit, d. h. zur Zeit ihrer Bildung, beschäftigen. Wir leugnen nicht, daß die konkreten Umstände berücksichtigt werden müssen und die Zusammensetzung einer solchen Regierung mitbestimmen werden; doch muß schon jetzt eine eindeutige Position bezogen werden, denn sie wird sich auf das Endresultat auswirken. Wir sind für eine gemeinsame Regierung aller Antifaschisten, aus Vertretern hauptsächlich der Unidad Popular und der Christdemokraten, denn eine solche Regierung wird die Mehrheit des Landes repräsentieren.

In ihrer Stockholmer Erklärung betonte die Unidad Popular:

„Ein Fortschritt ist ferner bei der Bildung einer provisorischen antifaschistischen Regierung zu erzielen, die die Diktatur ablösen muß. Im Interesse Chiles und seines Volkes muß diese Regierung alle Kräfte vertreten, die zur Zerschlagung des Faschismus beitragen, und alle ideologischen Anschauungen wider-

spiegeln, die die Grundlage der chilenischen Demokratie bilden." Eine solche Regierung wäre eine Garantie für alle Antifaschisten und würde eine demokratische Willensäußerung des Volkes über die Zukunft des Landes ermöglichen.

Wir Kommunisten kämpfen für den Sturz der Tyrannei und ihre Ablösung durch eine Regierung aller demokratischen Kräfte, die den Faschismus völlig ausmerzen sowie eine neue demokratische Gesellschaftsordnung errichten und neue soziale Umgestaltungen einleiten würde. Die Christlich-Demokratische Partei ist für eine andere Lösung, für einen allmählichen Übergang zu einer Regierung der bürgerlichen Demokratie. Für uns ist das Dilemma Faschismus oder Demokratie sehr wichtig; aber wir sind auch überzeugt, daß Chile weitergehen muß. Es gilt, eine neue, demokratische Gesellschaftsordnung zu schaffen, die grundsätzlich im Dienst der Werktätigen von Stadt und Land sowie der Mittelschichten steht.

Ein solcher Standpunkt ist weder zu eng gefaßt noch sektiererisch und auch nicht utopisch.

Nach dem Zusammenbruch der alten müssen neue, demokratische Institutionen entstehen, die freier, fortschrittlicher und von tieferem gesellschaftlichem Inhalt sind.

Sollten im Verlaufe des Kampfes um diese höchst demokratische Variante Veränderungen eintreten, z. B. die Absetzung Pinochets und seiner Junta, so wird das Volk dem gegenüber nicht gleichgültig bleiben und solche dadurch bedingten Veränderungen als einen Schritt vorwärts in seinem Ringen um Freiheit und Demokratie auffassen.

Welcherart Veränderungen auch sein mögen, wir Kommunisten kämpfen heute und künftig für die Einheit aller antifaschistischen Kräfte und für eine Regierung auf breiter Grundlage, die diese Kräfte vertritt und das Land der wahren Demokratie und radikalen gesellschaftlichen Umgestaltungen entgegenführt. Das ist unsere Politik von heute und morgen.

5. Wir rufen auf: Keine Mühe scheuen, um den Weg zur Freiheit zu bahnen!

In dieser für unsere Heimat entscheidenden Zeit fordern wir alle Mitglieder der Partei und der Kommunistischen Jugend Chiles auf, ihre Bemühungen zu verdoppeln, um die Politik des Kampfes und einer breiten Einheit zwecks Zerschlagung des Faschismus zu ermöglichen.

Die Tyrannei greift vor allem gegen die Parteien des Volkes durch. Tausende einfache und leitende Mitglieder unserer Partei sind um ihrer Ideale willen gefallen oder haben Gefängnisse, Folterungen und Ausweisung durchgelitten. Trotzdem setzen Zehntausende Mitglieder der Partei und der Kommunistischen Jugend Chiles den heldenhaften Kampf in der Illegalität fort. Die Tyrannei erweist sich als machtlos gegenüber der Standhaftigkeit der Partei von Luis Emilio Recabarren, Elias Lafferte, Ricardo Fonseca, Galo González und Pablo Neruda. Trotz der harten Schläge, die uns, besonders 1976, heimgesucht haben, wirkt die Partei im ganzen Land. Die ihr eigene Festigkeit und Tapferkeit ergibt sich aus der Treue zu ihren Prinzipien und zu der von ihr vertretenen Arbeiterklasse, ferner aus den durch und durch proletarischen Traditionen ihrer Mitglieder und aus der Unterstützung des Volkes, die sie genießt.

Unsere Partei wurzelt im Volk. In diesen Tagen wird das 65jährige Jubiläum der in Iquica gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei begangen, aus der vor mehr als 55 Jahren die heutige Kommunistische Partei Chiles hervorgegangen ist.

Wir sind stolz darauf, eine Partei standhafter Patrioten zu sein, eine Partei, die zugleich einen eindeutigen internationalistischen Kurs steuert. In unserem Chile vertreten wir die Klasse, die in unserer Epoche der Menschheit die neuen Wege weist.

Bald wird der 60. Jahrestag der Oktoberrevolution begangen. In dieser ganzen Zeit hat der reale Sozialismus Millionen fortschrittliche Menschen inspiriert. Das erste sozialistische Land, die Sowjetunion, die aus dem Feuer des Oktober hervorgegangen ist, hat das Leben ihrer Völker radikal umgewandelt, ihnen den Zugang zu Wohlstand, Kultur und Freiheit gesichert. Die feste, unbeirrbare Friedenspolitik der Sowjetunion, ihre brüderliche Solidarität und ihre Hilfe im fortschrittlichen Kampf aller Völker der Welt sind allgemein bekannt. Diese internationalistische Politik besteht trotz aller Opfer weiter. Im Kampf gegen den Hitlerfaschismus allein verloren die Völker der UdSSR 20 Millionen Menschen. Mit ihrer internationalistischen Haltung hat sich die UdSSR die Freundschaft der Völker gesichert, aber auch den Haß der Reaktionäre zugezogen. Ein typisches, fast groteskes Beispiel ist Pinochet selbst. Wir Kommunisten sind stolz darauf, daß wir in dieser Frage, in unserer Einstellung zur UdSSR und zum ganzen sozialistischen Lager, wie auch sonst auf der anderen Seite der Barrikade stehen als der Tyrann. Der unfehlbare Patriotismus der Kommunisten ist von den uns inspirierenden internationalistischen Ideen nicht zu trennen. So ist das seit den Zeiten Recabarrens, und so wird das bleiben.

Die Illegalität ist eine Schule für Tausende Kämpfer, die nun fähig sind, allen Prüfungen standzuhalten und ihre Würde den Faschisten gegenüber zu wahren. Folglich bleibt unsere Partei das Hauptbollwerk des demokratischen Widerstands und wird den entscheidenden Beitrag zum Sieg der antifaschistischen Kräfte leisten. Die Mitglieder unserer Partei werden nach wie vor eng mit der Tätigkeit der Massen verbunden sein, an jedem Kampf, gleich, ob groß oder klein, teilnehmen und sich besonders standhaft für die Einheit einsetzen. In ihrer Tätigkeit werden sie ihre revolutionäre Wachsamkeit erhöhen, um Schläge der Repressivkräfte zu vermeiden.

Die Partei wendet sich an ihre Mitglieder, die im Exil kämpfen, und an alle Chilenen, die ausgewiesen wurden oder ihr Land verlassen mußten. Sie beglückwünscht sie dazu, was sie für die Heimat getan haben, und fordert sie auf, ihre Bemühungen zu verdoppeln, damit Chile erneut zu einer festen Bastion im Kampf gegen die Unterdrückung und zur Heimstätte seiner Söhne und Töchter wird.

Die Partei ruft die chilenischen Werktätigen, die bewährten Proletarier in Industriebetrieben, Gruben und in der Landwirtschaft sowie die Transport- und anderen Kommunalangestellten auf, ihre Einheit zu festigen, ihren Kampf um die gewerkschaftlichen und politischen Rechte zu aktivieren, energisch gegen die Teuerung und Arbeitslosigkeit zu protestieren sowie ihren Einfluß und ihren Kampfgeist einzusetzen, damit sich das ganze Volk zusammenschließt.

Die Partei ruft die arbeitende und lernende Jugend und die Jugend, die weder arbeiten noch lernen darf, auf, ihre Organisationen zu gründen und zu aktivieren, für das Recht auf Arbeit, auf Bildung, Kultur, Sport und Erholung zu kämpfen, dafür, um den Faschisten die Universitäten zu entreißen, ferner die Finanzierung aller Bildungsstufen zu verlangen.

Die Partei ruft die heldenhaften chilenischen Frauen, die sich in der Kampagne zum Schutz der politischen Gefangenen und der verwahrlosten Kinder so sehr ausgezeichnet und unvergeßlichen Mut und beispiellose Würde an den Tag gelegt haben, auf, weiterhin den Weg des Kampfes und der Einheit zu gehen und zur Befreiung des ganzen Volkes beizutragen.

Die Partei ruft die Intelligenz, die Kunst- und Kulturschaffenden, die Wissenschaftler auf, die Kultur des Landes zu schützen, schöpferisch und kulturell aktiv zu sein, den faschistischen Obskurantismus herauszufordern, die Aufhebung der Zensur in all ihren Formen zu verlangen und das Recht auf freien Ausdruck ihrer Ideen zu erkämpfen.

Die Partei ruft die landlosen Bauern, die Dorfarmut, die mittleren landwirtschaftlichen Eigentümer, die Pächter und Teilpächter, die ganze chilenische Bauernschaft auf, zu kämpfen und sich in diesem Kampf gegen die faschistischen Großgrundbesitzer und die neue Ausbeuterkaste zusammenzuschließen.

Die Partei ruft unsere Brüder Mapuches auf, ihre Reihen umzugruppieren und für Grund und Boden, für die eigenen Rechte und Kulturwerte zu kämpfen.

Die Partei ruft die Mittelschichten von Stadt und Land, die nichtmonopolisierten Unternehmer, die Industriellen, Kaufleute, Landwirte und Handwerker, die unter der faschistischen Politik zu leiden haben, auf, sich gegen die Vorherrschaft und die Raubgier der Imperialisten und der Finanzoligarchie, die sie ruinieren, aufzulehnen.

Die Partei ruft die Berufskollegien auf, zusammen mit der gesamten demokratischen Bewegung die gemeinsamen Interessen zu schützen.

Die Partei wendet sich an die Militärangehörigen und die Carabinieri, die Pinochet und seine Handlanger zu Komplicen des schlimmsten Verbrechens in der Geschichte Chiles gemacht haben; die Partei erklärt ihnen, daß sie ihren Beitrag zur Wiederherstellung der Demokratie leisten können und müssen. Die Tyrannei will den Eindruck erwecken, als stünde und fiele die Armee mit ihr. Diese weitere plumpe Lüge soll neuerdings die als „Plan Z" bekannte Fälschung ablösen. Das Volk wird auseinanderhalten können, wer schuldig und wer unschuldig ist. Strafe wartet auf die wirklichen Schuldigen. Pinochet, Contreras, Merino, Leigh und Mendoza, ebenso wie die Bande von Faschisten und Folterknechten aus der DINA werden vor Gericht gestellt und verurteilt und zwar genau nach der Schwere ihrer Verbrechen; aber ein großer Teil von Militärs braucht sich nicht für die Missetaten zu verantworten, die die Faschistenkaste auf dem Gewissen hat. Die Aufgabe des ganzen Volkes ist es, alle verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Bindungen zu nutzen, um die Militärangehörigen die entstandene Situation erkennen zu lassen, ebenso wie die Notwendigkeit, aus ihr herauszufinden. Im Konflikt miteinander stehen nicht Zivilisten und Militärs, sondern Faschisten und Antifaschisten. Dieser Konflikt kommt auch in den Kasernen zum Vorschein, wo die DINA, die Leibgarde des Tyrannen, Ränke gegen die demokratisch gesinnten Militärangehörigen schmiedet und sie verfolgt.

Die Partei dankt der Weltöffentlichkeit für ihre großzügige und unerschöpfliche Solidarität und fordert dazu auf, die Kampagne für die gewissenhafte Durchführung der UNO-Resolutionen über Chile, für eine noch vollständigere und wirksamere Isolierung der Junta und für die Rettung der Tausenden vermißten politischen Gefangenen zu aktivieren.

Salvador Allende, der erste revolutionäre Präsident Chiles, hat uns ein großartiges Beispiel gegeben. Er zog den Tod einer Kapitulation vor den Feinden des Vaterlandes vor. Er gab sein Leben für die Sache der Freiheit, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit hin. Diese Sache lebt auch heute fort.

Seine letzten Worte waren, daß die gesellschaftlichen Prozesse letzten Endes nicht durch Verbrechen oder Gewalt aufzuhalten sind und daß die Samen, die wir im Bewußtsein von Tausenden Chilenen gesät haben, Früchte tragen werden. Was wir erleben, bestätigt die Richtigkeit seiner Worte. Das Volk kämpft für einen neuen Weg in die Zukunft. Die heutigen Kämpfe sind Vorboten jener großen Schlachten, die uns zum Sieg führen werden. Chile wird siegen!

Ihr unabhängiger Partner

ODESSA OCEAN LINE

ERSTKLASSIGE BETREUUNG
KONKURRENZFÄHIGE FRACHTSÄTZE
FESTE AUSLAUFZEITEN
EINWANDFREIE FRACHTZUSTELLUNG

Unsere modernen Schiffe wie „Beshiza", „Murom", „Semfiropol", „Kommunist" verkehren regelmäßig zwischen den Häfen Europas (Oslo Fjord, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam, Dunkerque, Le Havre, Liverpool) und Südostasiens (Penang, Klang, Singapur, Bangkok, Hongkong, Manila).

VIERMAL IM MONAT verkehren Schiffe zwischen europäischen und südostasiatischen Häfen.

FÜNFMAL IM MONAT verkehren Schiffe nach Europa und **EINMAL IM MONAT** nach Häfen des Mittelmeers.

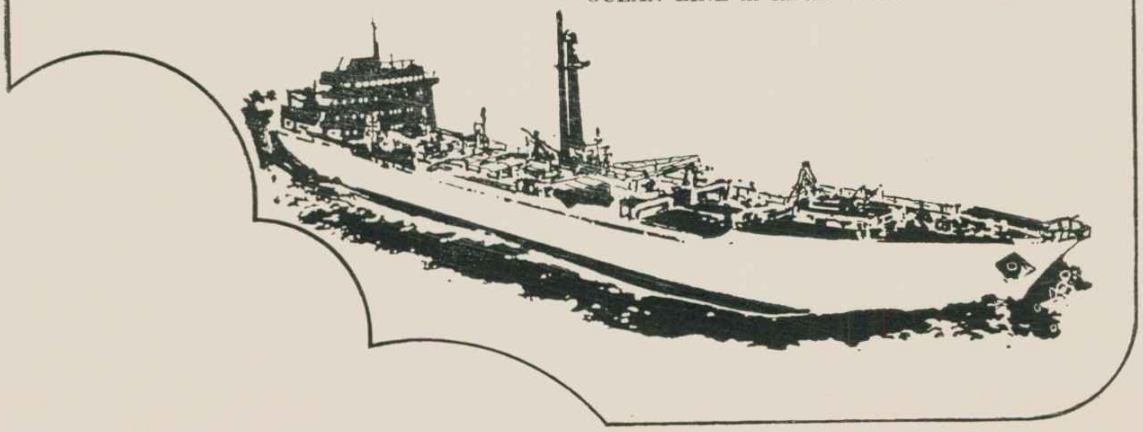
ODESSA OCEAN LINE

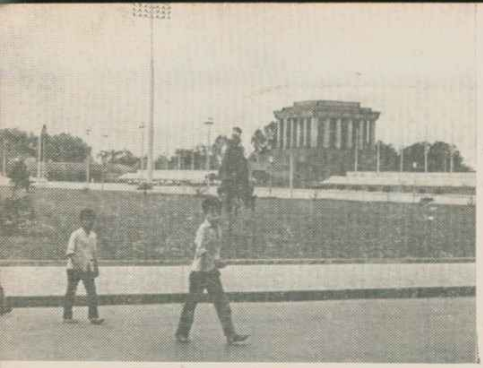
Ihr zuverlässiger Partner

Angebote und Informationswünsche richten Sie bitte an die SCHWARZMEERREEDEREI unter der Anschrift: UdSSR, 270026, Odessa, ul. Lastotschkina 1

Telegrammanschrift: **ODESSA MORFLOT**
Telex: **417, 466, 143, 184**

oder
an die Generalvertretung der sowjetischen Schiffahrtsgesellschaften
V/O Sovinflot
UdSSR, 103759, Moskau,
ul. Shdanowa 1/4
Telegrammanschrift: **MOSKAU SOVINFLOT**
Telex: **7217, 7636, 7922, 7923**
oder
an die Vertreter der **ODESSA OCEAN LINE** in Ihrem Lande







14159-28 105 147 652.
SEKT»MARX»LENIN
2200-2303 DOM-20







Im Objektiv: HANOI

Diese Stadt hat in ihrer fast 1000jährigen Geschichte mehrmals ihren Namen gewechselt. Der jetzige Name kommt vom Roten Fluß, in dessen Delta sie liegt, denn Hanoi bedeutet soviel wie Zwischenstromland.

In den schweren Tagen der imperialistischen Aggression war Hanoi für das vietnamesische Volk und für Millionen Menschen verschiedener Länder das Sinnbild von Mut und Standhaftigkeit. Heute gehen die Einwohner der Hauptstadt des einheitlichen friedlichen Vietnam in selbstloser Aufbauarbeit auf.

Unsere Bilder: Blick auf das Ho-Chi-Minh-Mausoleum ◆ Am See des Wiedererlangten Schwertes, einem Teil des alten Bettes des Roten Flusses ◆ In einem Wahllokal bei den kürzlichen Wahlen zu den Volksräten und -komitees ◆ Der altertümliche „Jadetempel" liegt auf einer kleinen Insel am nördlichen Ufer des Sees des Wiedererlangten Schwertes ◆ Frühmorgens eilen die Einwohner zu ihren Arbeitsstellen.

Fotos A. Pin
NZ-Sonderberichterstatter

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624

„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ